

Europa-Informationen Dezember 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

diese letzte Ausgabe im Jahre 2016 erscheint unmittelbar nach der Tagung des Europäischen Rates. Diese bildet daher auch den Auftakt der Berichterstattung. Im Mittelpunkt stand erneut die Migrations- und Flüchtlingsthematik mit all ihren innen- und außenpolitischen Facetten, die bereits das ganze Jahr geprägt hat. Außerdem ging es um die Situation in Syrien und die Beziehungen zu Russland. Der Brexit spielte nicht nur bei dieser Tagung eine Rolle, sondern auch bei der Verhandlung vor dem britischen Supreme Court.

Während es beim Europäischen Rat keine konkreten Entscheidungen gab, kann doch vom Abschluss wichtiger Rechtsetzungsvorhaben berichtet werden, so im Bereich der inneren Sicherheit (Terrorismus, Grenzsicherung), Verkehr (Eisenbahnpaket und Hafendienstleistungen) und digitaler Binnenmarkt (Roaming). Hinzuweisen ist außerdem auf das neue Vorschlagspaket zur Energie sowie die Überarbeitung der Vorschriften zu Sozialleistungen.

Die Gliederung trägt jetzt den organisatorischen Änderungen Rechnung, die sich in der Folge der Regierungsbildung ergeben haben. Die noch andauernde Übergangsphase betrifft auch die Europa betreffenden Internetseiten der Landesregierung, so dass es mit der Verlinkung zu früheren Ausgaben der Europa-Informationen und des Briefing zu Problemen kommen kann. Wir sind bemüht, den gewohnten Service so rasch wie möglich wieder herzustellen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre. Hinweise sind jederzeit willkommen, wie wir dieses Produkt für Sie noch interessanter und „kundengerechter“ gestalten können: reinhard.boest@mv-office.eu

Erklärung zum Haftungsausschluss: Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium für Inneres und Europa übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich.

Der nachfolgende Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium für Inneres und Europa macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen. Das Ministerium für Inneres und Europa hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

Inhalt

1. Übergreifende Themen.....	4
Europäischer Rat: Syrien, Migration, Sicherheit, Ukraine und Brexit als Themen.....	4
Debatte über Rechtsstaat und Demokratie in Polen	5
Türkei: EP für Einfrieren der Beitrittsverhandlungen	5
EP-Geschäftsordnung: Mehr Transparenz bei Interessenvertretung und Gesetzgebung.....	5
Brexit: Mündliche Verhandlung vor dem Supreme Court; Berichte des Oberhauses.....	5
Kommission: Ukraine kommt mit Reformen voran	6
Rechnungshof: EU-Hilfe für die Ukraine 2007-2015 mit „begrenzter Wirksamkeit“.....	6
Rat verlängert Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate	6
Europaministerkonferenz unter Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern in Berlin	6
2. Inneres	7
ETIAS: Reiseinformations- und -genehmigungssystem für Visa-freie Reisen.....	7
Rat (Inneres): Standpunkt zur Eurodac-Verordnung festgelegt	7
Einigung über „Notbremse“ bei Visafreiheit.....	8
Kommission: Berichte über die Migrationssituation.....	8
Rat und EP einigen sich über systematische Kontrollen an den Außengrenzen.....	9
Kommission: Aktionsplan für Sicherheitsstandards bei Reisedokumenten	9
Amtsblatt: Europäisches Reisedokument für Drittstaatsangehörige	9
OVG Schleswig entscheidet über Flüchtlingseigenschaft bei syrischen Flüchtlingen	9
Rat und EP einigen sich über Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung	10
EP: EU-US-Datenschutzabkommen für Polizei und Justiz angenommen.....	10
EuGH: Begrenzung des Einstellungsalters für den Polizeidienst rechtmäßig	10
Polizisten aus MV: Hospitation in Brüssel.....	11
3. Justiz, Verbraucherschutz	11
Rat (Justiz): Einigung bei PIF-Richtlinie und neuen psychoaktive Substanzen.....	11
Kommission: Neue Richtlinie zum Insolvenzrecht.....	11
EUROJUST: Unterstützung bei Ermittlungen gegen eine organisierte Schleusergruppe	11
Rat: Schlussfolgerungen zur Prävention von Radikalisierung.....	12
4. Finanzen	12
Neue Mehrwertsteuervorschriften sollen Online-Handel erleichtern	12
EU-Haushalt 2017 verabschiedet: Mehr Geld für Wachstum und Arbeitsplätze	12
Europäisches Semester – Herbstpaket: Hin zu einer stärkeren wirtschaftlichen Erholung	13
EFSI: Europäischer Rat unterstützt Verlängerung und Aufstockung.....	13
PRIIPs: Aufschub bis zum 1. Januar 2018.....	14
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel.....	14
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der HOAI.....	14
Kommission: Neue Richtlinie zum Insolvenzrecht.....	14
Ausschreibung „Europäische Unternehmerregion“	14
Ausschreibung von Projekten für Küsten- und Meerestourismus.....	14
Jeder sechste Arbeitnehmer in der EU war 2014 Niedriglohneempfänger	15
Herausforderungen an die Gesundheitssysteme: Bericht von Kommission und OECD	15
Konsultation zur Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms	15
CETA: EP plant Abstimmung im Februar 2017.....	15
Kommission und Kanada wollen multilateralen Investitionsgerichtshof voranbringen.....	16
6. Landwirtschaft, Umwelt	16
Europäisches Milchpaket stärkt Position der Milcherzeuger	16
Europäische Kommission schreibt Magermilchpulver aus Interventionsbeständen aus	16
Krisenreserve: 435 Mio. Euro für europäische Landwirte	16
EU-Investitionsoffensive: Künftig günstigere Darlehen für Landwirte.....	16
EP gegen Zulassung von Pflanzenschutzmittel Bentazon	17
Beratungen über Vorgehen gegen Vogelgrippe.....	17
Umwandlung tierischer Nebenprodukte in Biogas oder Kompost	17
EP billigt strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe	18
Weltklimakonferenz von Marrakesch: Kampf gegen Klimawandel.....	18
EU verfehlt Ausgabenziel zum Klimaschutz.....	18
„Winterpaket“ zur Energie- und Klimapolitik bis 2030	19
Umweltinformationen unterliegen nicht dem Geschäfts- und Betriebsgeheimnis.....	19
EP nimmt Bericht zu illegalem Artenhandel an	19
Plattform gegen Lebensmittelverschwendung eröffnet	19
Leitlinien für neuartige und traditionelle Lebensmittel fertiggestellt	20

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport.....	20
Europäische Woche der Berufsbildung.....	20
PISA Ergebnisse 2015.....	20
Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2016 veröffentlicht.....	20
Kennzahlen zum Programm Horizont 2020: Erfolgsrate sinkt.....	21
Bundesrat: „Horizont 2020“ erfolgreich, aber zu gering ausgestattet.....	21
Mitglieder der »High-Level-Group« für Forschung und Innovation benannt.....	21
LUX-Filmpreis 2016 geht an den Film "Toni Erdmann" von Maren Ade.....	21
Deutsche Tanzkompanie in Brüssel: Europapremiere von „Das Dschungelbuch“.....	21
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Landesplanung	22
„Winterpaket“ Energie: mehr Energie-Effizienz, mehr Wettbewerb bei Erneuerbaren	22
Vorabprüfung zwischenstaatlicher Abkommen zur Gas- und Öllieferung	22
Europäisches Parlament verabschiedet 4. Eisenbahnpaket	23
Eisenbahn: EU fordert Deutschland auf, europäische Rechtsvorschriften einzuhalten	23
Hafendienstleistungen: EP nimmt Verordnung an	23
Abgasmessungen: Vertragsverletzungsverfahren auch gegen Deutschland.....	23
Einigung bei den Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe.....	24
Deutschland einigt sich mit Kommission über die PKW-Maut.....	24
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie.....	24
EU-Strategie für eine kooperative, vernetzte und automatisierte Mobilität.....	25
Weitere Satelliten für das europäische Navigationssystem Galileo im All.....	25
9. Soziales, Jugend	25
Vorschriften über soziale Sicherheit: Freizügigkeit gegen Leistungsmissbrauch	25
OECD: Einkommensungleichheit weiterhin hoch.....	26
Ein Viertel der Haushaltsausgaben wird für Wohnen aufgewendet	26
Jeder sechste Europäer hat nicht genug Geld für Freizeitaktivitäten	26
EU-Sozialminister für europäische Säule sozialer Rechte	26
Entsendung von Arbeitnehmern weiterhin umstritten.....	26
Rat plädiert für Umsetzung der Jugendgarantie.....	27
Zulassung von grenzüberschreitender Tätigkeit von Betriebsrententrägern	27
10. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	27
Jährliche Veranstaltung der informal Baltic Sea Group in Brüssel.....	27
24 Projektvorhaben im Südlichen Ostseeraum beantragt.....	27
Große Beteiligung bei der Ausschreibung zu „Blauen Berufen“.....	27
11. Medien, Digitaler Binnenmarkt.....	27
Rat billigt den Plan, kostenloses Wifi an öffentlichen Orten zur Verfügung zu stellen.....	27
Rat fordert Stärkung der Cybersicherheit.....	28
Rat: Allgemeine Ausrichtung zur Geoblocking-Verordnung	28
EP: Online-Inhalte sollen auch im Ausland abrufbar sein	28
Weiterer Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Roaming-Gebühren bis 2017	28
12. Ausschuss der Regionen.....	29
120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	29
13. Laufende Konsultationen (wenn nicht im Text erwähnt).....	29
14. Terminvorschau.....	31

1. Übergreifende Themen

Europäischer Rat: Syrien, Migration, Sicherheit, Ukraine und Brexit als Themen

Die eintägige Sitzung des Europäischen Rats (ER) am 15. Dezember 2016 war gekennzeichnet durch die Teilnahme des Bürgermeisters von Ost-Aleppo anlässlich der aktuellen Entwicklungen in **Syrien**. Der ER bekräftigte seine Verurteilung der syrischen Regierung und ihrer Verbündeten Russland und Iran wegen der Verbrechen an der Zivilbevölkerung, für die die Verantwortlichkeiten zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

Zum Thema **Migration und Flüchtlinge** bekräftigt der ER das Festhalten an der Vereinbarung mit der Türkei, die zu einem entscheidenden Rückgang der Flüchtlingszahlen auf der Balkanroute geführt habe, und bewertet die ersten Erfahrungen mit den Partnerschaftsrahmen mit fünf afrikanischen Herkunft- und Transitländern positiv. Die Beiträge der Mitgliedstaaten zur Ausstattung der Einrichtungen zur Sicherung der Außengrenzen sind immer noch nicht ausreichend. Auf dem Weg zu einer größeren „Verantwortlichkeit und Solidarität“ innerhalb der EU gibt es weiter kaum Bewegung.

Im Hinblick auf die **innere Sicherheit** begrüßt der ER die Einigung über die Rechtsakte zur Terrorismusbekämpfung sowie zu den systematischen Kontrollen an den Außengrenzen (s.u.) und fordert eine rasche Annahme der Regelungen insbesondere zu Schusswaffen und zur Geldwäsche.

Umfangreiche Passagen der Schlussfolgerungen befassen sich mit der **externen Sicherheit** und Verteidigung. In der Überzeugung, dass die Europäer mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssen, und anknüpfend an die gemeinsame Erklärung von EU und NATO vom Juli 2016 in Warschau werden die Bereiche und Arten der Zusammenarbeit beschrieben; dabei sollen allerdings Doppelstrukturen mit der NATO vermieden werden.

Im **wirtschaftlichen Teil** begrüßt der ER die Verlängerung und Aufstockung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (s.u.) und bekräftigt die Bedeutung der verschiedenen Strategien (z.B. Binnenmarkt, Energie-Union, Jugendgarantie); im Hinblick auf die Energie-Union werden die besonderen Anliegen Polens in einer eigenen Fußnote festgehalten. Der stärkere Fokus auf die industrielle Basis wird durch eine eigene Passage und den Hinweis auf die Bedeutung der handelspolitischen Schutzinstrumente deutlich.

Als Reaktion auf die Ablehnung des Assoziationsabkommens mit der **Ukraine** durch das Referendum in den Niederlanden (siehe Briefing vom April 2016) fasste der ER einen Beschluss, in dem eine Reihe von Klarstellungen zur Auslegung des Abkommens getroffen wird. Danach begründet das Abkommen weder den Status eines Bewerberlandes für den Beitritt zur EU noch kollektive Sicherheitsgarantien, Personenfreizügigkeit oder zusätzliche Finanzhilfen. Mit diesem rechtsverbindlichen Beschluss folgt der ER dem Modell, das auch für die Interpretation des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) angewandt wurde. Die niederländische Regierung will auf dieser Grundlage die Ratifizierung des Ukraine-Abkommens abschließen.

Der ER bekräftigt die Bedeutung des Abkommens für die Entwicklung und den Reformprozess in der Ukraine und würdigt die bisher erzielten Fortschritte (zu Berichten der Kommission und EuRH siehe unten). Die Ukraine erfülle die Voraussetzungen für eine Regelung mit der EU für visumfreies Reisen; Rat und EP sollten das Verfahren zur Aufhebung der Visumpflicht rasch abschließen (auch für Georgien; siehe dazu auch unten 2).

In einer Sitzung ohne Großbritannien legten die anderen 27 Staats- und Regierungschefs die grundsätzlichen Verfahrensregeln für die Verhandlungen über den **Brexit** fest. Dafür soll der ER nach der Stellung des Antrags durch Großbritannien den allgemeinen Rahmen für die Verhandlungen beschließen; er wird die Verhandlungen eng begleiten. Die Kommission soll die Verhandlungen auf der Grundlage von Leitlinien führen, die der Rat festlegt, und in ständiger Abstimmung mit diesem. Das Europäische Parlament soll regelmäßig unterrichtet werden; es nimmt aber an den Sitzungen der vorbereitenden Gremien nicht teil, außer bei Treffen der Vertreter der Staats- und Regierungschefs, die bei Bedarf einberufen werden können. Außerdem wird der Präsident bei jeder Tagung des ER gehört.

EP-Präsident Schulz nahm zum letzten Mal an deiner Sitzung des ER teil. Er appellierte an die Mitgliedstaaten, die europäische Integration nicht aufs Spiel zu setzen; die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Finanzkrise, Migration, Energie und Klima, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Russland) könne Europa nur gemeinsam bewältigen. Man solle endlich aufhören, die EU (nur) für alles Schlechte verantwortlich zu machen.

Der neue Präsident des Europäischen Parlaments wird am 17. Januar 2017 gewählt; die beiden aussichtsreichsten Kandidaten kommen aus Italien: Antonio Tajani (EVP) und Gianni Pittella (S&D).

Schlussfolgerungen des ER: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/15-euco-conclusions-final/>

„Erklärung der 27“: http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2016/12/20161215-statement-informal-meeting-27_pdf/

Debatte über Rechtsstaat und Demokratie in Polen

Das Europäische Parlament führte am 14. Dezember 2016 eine weitere Debatte über die Lage von Rechtsstaat und Demokratie in Polen. Kommissions-Vizepräsident Timmermans bedauerte, dass die polnische Regierung im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs bisher kein Entgegenkommen gezeigt habe. Im Gegenteil gäben die jüngsten Entwicklungen Anlass zu noch größerer Sorge. Die Kommission werde sich in Kürze dazu äußern. Die Aussprache zeigte dieselbe Konfrontation wie bei früheren Debatten: während die Vertreter der Fraktionen von EVP, S&D, Liberalen, Grünen und Linken daran erinnerten, dass Polen mit dem EU-Beitritt bestimmte europäische Standards akzeptiert habe, warnten (vor allem polnische) Abgeordnete aus den Fraktionen der Konservativen und Nationalisten vor einer Einmischung in innere Angelegenheiten.

Debatte: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161209IPR55523/rule-of-law-and-democracy-in-poland-debated-in-parliament-for-the-fourth-time>

Türkei: EP für Einfrieren der Beitrittsverhandlungen

In einer am 24. November 2016 mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung spricht sich das Europäische Parlament für ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus. Es reagiert damit auf die nach seiner Ansicht unverhältnismäßigen Maßnahmen der türkischen Regierung nach dem gescheiterten Putsch im Juli. Diese verstießen gegen die von der türkischen Verfassung geschützten grundlegenden Rechte und Freiheiten sowie gegen die demokratischen Werte. Das Parlament unterstreicht zwar, dass die Türkei ein wichtiger Partner der EU sei, diese Partnerschaft aber von beiden Seiten gewollt sein müsse. Die Kommission wird aufgefordert, die Aufstockung der Mittel zur Unterstützung der türkischen Zivilgesellschaft zu prüfen.

Die Entschließung ist für die laufenden Verhandlungen rechtlich nicht bindend.

Text der Entschließung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0450+0+DOC+XML+V0//DE>

EP-Geschäftsordnung: Mehr Transparenz bei Interessenvertretung und Gesetzgebung

Das Europäische Parlament hat am 13. Dezember 2016 eine umfassende Überarbeitung seiner Geschäftsordnung verabschiedet. Damit soll vor allem die Transparenz erhöht werden. Die Erklärungen der finanziellen Interessen der Abgeordneten müssen künftig ausführlicher gestaltet und geprüft werden. Der Verhaltenskodex für die Abgeordneten verbietet ausdrücklich eine bezahlte Lobbytätigkeit; ehemalige Abgeordnete müssen das Parlament unterrichten, wenn sie eine Lobbytätigkeit aufnehmen. Sanktionen gegen Abgeordnete, die sich diffamierend, rassistisch oder fremdenfeindlich äußern oder die parlamentarische Tätigkeit stören, werden verschärft.

Um die Transparenz im Gesetzgebungsverfahren zu verbessern, bedarf es künftig eines Mandats des Plenums (nicht nur des federführenden Ausschusses), um Verhandlungen mit dem Rat zu führen. Weitere Änderungen sollen die Effizienz der Arbeiten verbessern, damit das EP der Vereinbarung mit Rat und Kommission über bessere Rechtsetzung nachkommen kann (siehe Briefing vom April 2016).

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161208IPR55155/%C3%BCberarbeitung-der-gesch%C3%A4ftsordnung-f%C3%BCr-mehr-transparenz-im-parlament>

Text: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0484+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Brexit: Mündliche Verhandlung vor dem Supreme Court; Berichte des Oberhauses

Vom 5. bis 8. Dezember 2016 fand vor dem Supreme Court des Vereinigten Königreichs die mündliche Verhandlung über das Rechtsmittel statt, das die britische Regierung gegen die

Entscheidung des High Court eingelegt hatte, wonach das Parlament vor der Stellung des Antrags nach Art. 50 EU-V beteiligt werden muss. An der Verhandlung beteiligten sich auch die Vertreter von Schottland, Wales und Nordirland. Das Gericht hat angekündigt, dass es eine Entscheidung erst im nächsten Jahr verkünden werde.

Ein Ausschuss des Oberhauses (Lords Select Committee) erarbeitet derzeit mehrere Berichte über die Folgen des Brexit und verschiedene Optionen für die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Unabhängig davon, welche Option letztlich gewählt wird, empfiehlt der Ausschuss dringend ein Übergangsregime, um für die Zeit zwischen dem Austritt und dem Inkrafttreten einer neuen Vereinbarung einen mehr oder weniger rechtsfreien Raum zu vermeiden.

Supreme Court: <https://www.supremecourt.uk/news/article-50-brexite-appeal.html>

Oberhaus: <http://www.parliament.uk/business/committees/committees-a-z/lords-select/eu-external-affairs-subcommittee/news-parliament-2015/brexit-trade-options-report-published/>

Kommission: Ukraine kommt mit Reformen voran

Die Kommission kommt in einem für den EU-Ukraine-Assoziationsrat am 19. Dezember 2016 vorgelegten Bericht zu dem Ergebnis, dass die Ukraine seit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Anfang 2015 auf dem Weg der Reformen vorangekommen ist.

Der Bericht untersucht Entwicklungen und Reformen, die als Teil der Assoziationsagenda zwischen der EU und der Ukraine vereinbart worden sind. Positiv vermerkt werden Reformen zur Eindämmung der Korruption, zur Sanierung des Bankensystems, im Energiesektor sowie zur Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Fortschritte gab es auch im Dialog mit der Zivilgesellschaft, während es etwa bei der Privatisierung staatseigener Unternehmen und der Reform des Sozial- und Gesundheitswesens nur langsam vorangeht.

Die Ukraine erfüllt alle im Aktionsplan zur Visaliberalisierung festgelegten Zielvorgaben, so dass diese nach der Einigung über den Aufhebungsmechanismus (s.u. 2) jetzt realisiert werden sollte.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4344_de.htm

Rechnungshof: EU-Hilfe für die Ukraine 2007-2015 mit „begrenzter Wirksamkeit“

In einem am 7. Dezember 2016 vorgelegten Bericht kommt der Europäische Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass die Erfolge der EU-Hilfe für die Ukraine bisher begrenzt waren. Die Ursache liege vor allem in der instabilen politischen, rechtlichen und administrativen Situation. Untersucht wurden die Bereiche öffentliches Finanzmanagement und Korruptionsbekämpfung sowie der Gassektor im Zeitraum 2007-2015.

Nach den Ereignissen des Maidan im Jahr 2014 gab es Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine, doch wird der Reformprozess weiterhin stark durch die politische Gesamtsituation und den starken Einfluss der früheren und neuen Oligarchen beeinträchtigt. Aus dem EU-Hilfspaket über 11,2 Milliarden Euro für einen Zeitraum von sieben Jahren zahlte die EU große Geldbeträge rasch aus, ohne zuerst eine Strategie festzulegen. Trotz neuer Reformbemühungen seit 2014 sind die Ergebnisse nach Auffassung des EuRH noch nicht beständig. Der Hof empfiehlt, stärker auf ein funktionierendes Finanzmanagement hinzuwirken, die Bedingungen präziser zu fassen und zu überwachen und auf nachhaltige Reformen hinzuwirken.

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16_32/INSR_UKRAINE_DE.pdf

Rat verlängert Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate

Wegen ausbleibender Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarung hat der Rat am 19. Dezember 2016 die seit Mitte 2014 geltenden Sanktionen „angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“, um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2017 verlängert.

Amtsblatt: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016D2315&from=DE>

Europaministerkonferenz unter Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern in Berlin

Am 1. Dezember 2016 fand die 72. Europaministerkonferenz der Länder im Europäischen Haus in Berlin statt. Den Vorsitz führte erstmals der Minister für Inneres und Europa von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die The-

men Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit, Zukunft der EU und Brexit. Zur europäischen Kohäsionspolitik und zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens nahm die EMK eine umfangreiche Stellungnahme an, die am 8. Dezember von der Ministerpräsidentenkonferenz bestätigt wurde und in einen [Beschluss des Bundesrates](#) eingeflossen ist, der am 16. Dezember 2016 verabschiedet wurde. Die Länder sprechen sich darin für eine sparsame Haushaltsführung der EU aus; auch in Zukunft müsse es aber eine starke Kohäsionspolitik geben, die allen Regionen zugutekomme. Auch die Gemeinsame Agrarpolitik müsse fortgeführt werden. Zum Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) äußern sich die Länder kritisch. Nachdrücklich verlangen sie eine umfassende Vereinfachung der Regeln und Verfahren, vor allem für die Regionalpolitik. Die nächste EMK-Sitzung findet am 8./9. März 2017 in Brüssel statt.

Seite der EMK: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Mecklenburg%E2%80%93Vorpommern-und-Europa/EMK/>

Beschlüsse: <http://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerpr%C3%A4sident%20und%20Staatskanzlei/Dateien/pdf-Dokumente/Beschl%C3%BCsse%2072.%20EMK.pdf>

2. Inneres

ETIAS: Reiseinformations- und -genehmigungssystem für Visa-freie Reisen

Die Kommission hat am 16. November 2016 ein Meldesystem für visafreie Einreisen in die EU vorgeschlagen (ETIAS). Mit Hilfe von ETIAS soll kontrolliert werden, ob Drittstaatenangehörige ein mögliches Sicherheitsrisiko darstellen und ihnen deswegen die Einreise verweigert wird. Visumbefreite Drittstaatenangehörige benötigen eine Einreisegenehmigung, die online vor der Reise in die EU beantragt werden muss. Anzugeben sind u.a. Identität, Reisedokument, Aufenthaltsort, Arbeitsstelle und Kontaktdaten. Daneben soll der Antragsteller einen Fragenkatalog zu speziellen Krankheitsrisiken, Aufhalten in Kriegsgebieten, Vorstrafen und erzwungenen Ausreisen beantworten. Die Daten sollen u.a. mit anderen EU-Informationssystemen (z.B. SIS, VIS, Europol-Datenbank, Interpol-Datenbank, EES, Eurodac, ECRIS) und einer eigens von Europol geschaffenen ETIAS-Beobachtungsliste abgeglichen werden. Falls keine Treffer oder Elemente ermittelt werden, die einer weiteren Analyse bedürfen, soll die Reisegenehmigung automatisch innerhalb weniger Minuten nach der Antragstellung erteilt werden. Die Antragsgebühr soll für alle Antragsteller über 18 Jahren 5 Euro betragen. Die Genehmigung soll für einen Zeitraum von fünf Jahren und mehrere Reisen gültig sein. Die in Tallinn ansässige Agentur [eu-LISA](#) soll die technische Verwaltung des Systems entwickeln und durchführen. Bei den Mitgliedstaaten stieß der Vorschlag, der Teil des „[Bratislava-Programms](#)“ ist (siehe dazu Europa-Informationen vom Oktober 2016), anlässlich der Ratstagung am 18. November 2016 auf grundsätzliche Zustimmung.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3674_de.htm

Rat (Inneres): Standpunkt zur Eurodac-Verordnung festgelegt

Am 9. Dezember 2016 hat der Rat seinen Standpunkt für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Neufassung der Eurodac-Verordnung gebilligt. Eurodac ist eine europäische Datenbank für das Asylverfahren. Nach dem neuen Vorschlag sollen die Mitgliedstaaten die Daten von Drittstaatenangehörigen und Staatenlosen, die keinen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben und die sich unrechtmäßig in der EU aufhalten, speichern und abfragen dürfen. Für die Strafverfolgungsbehörden soll der Zugang zu Eurodac vereinfacht werden. Neben der zusätzlichen Erfassung des Gesichtsbildes werden die Mitgliedstaaten zudem mehr Daten zu Einzelpersonen, u.a. Namen, Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit, Angaben zur Person oder Reisedokumente, in Eurodac speichern dürfen. Im Europäischen Parlament wird der Vorschlag derzeit in den Ausschüssen beraten.

Die Ministerinnen und Minister erörterten einen Vorschlag von Frankreich und Deutschland zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Telekommunikationsunternehmen im Kampf gegen den Terrorismus. Mit dem Vorschlag soll die rechtliche Verpflichtung für Telekommunikationsbetreiber zur Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungen gestärkt werden. Dabei geht es um eine Beschleunigung der Zusammenarbeit und eine Verbesserung der Herausfilterung von terrorismusbezogenen Inhalten.

Weitere Themen waren Berichte zum Stand des Einreise-/Ausreisystems, der Reform der Dublin-Verordnung, der Errichtung einer Asylagentur der Europäischen Union und ein Bericht des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung Gilles de Kerchove.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2016/12/08-09/>

Einigung über „Notbremse“ bei Visafreiheit

Am 8. Dezember 2016 haben das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat eine Einigung zur Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung erzielt. Das Plenum des EP hat dem bereits am 15. Dezember 2016 zugestimmt. Danach können Visumanforderungen für ein Nicht-EU-Land (wieder-)eingeführt werden, wenn eine erhebliche Anzahl an Staatsangehörigen eines Landes die Einreise verweigert wird, illegale Aufenthalte zunehmen, die Zahl unbegründeter Asylanträge sich erheblich erhöht oder eine fehlende Kooperation des Drittstaates bei der Rückführung von Migranten vorliegt. Visa sollen auch im Falle einer Gefährdung der inneren Sicherheit im Zusammenhang mit Staatsangehörigen des betreffenden Drittlands wiedereingeführt werden können. Mit der Einigung ist eine Vorbedingung erfüllt, von der mehrere Mitgliedstaaten die Zustimmung zu den Vorschlägen abhängig machen, Bürgern aus der Ukraine und Georgien einen visafreien Zugang zur EU zu ermöglichen. Die neue Regelung würde auch für die Türkei gelten, falls der Rat die Visafreiheit für türkische Staatsbürger beschließen sollte (zum entsprechenden Kommissionsvorschlag siehe Briefing vom Mai 2016).

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161209IPR55424/aussetzung-der-visafreiheit-parlament-billigt-%E2%80%99Enotbremse%E2%80%99C-regelung>

Angenommener Text: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2016-0508+0+DOC+PDF+V0//DE>

Kommission: Berichte über die Migrationssituation

Die Kommission hat am 8. Dezember 2016 über die Fortschritte bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise berichtet. Die Berichte behandeln die Umsetzung der Erklärung EU-Türkei, die Empfehlung zum Asylsystem in Griechenland und den aktuellen Stand bei der Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen.

Die Zahl der irregulären Grenzübertritte über die Ägäis blieb im Berichtszeitraum deutlich unter dem Stand vor der EU-Türkei-Erklärung. Seit März liegt die durchschnittliche Zahl der Neuankömmlinge bei 92 pro Tag, während im vergangenen Jahr an einem einzigen Oktobertag 10.000 Flüchtlinge eingetroffen waren. Für die Umsetzung des Fahrplans für die Visaliberalisierung muss die Türkei noch sieben Vorgaben erfüllen. Die Kommission hat die Bereitstellung von Finanzmitteln im Rahmen der Flüchtlingsfazilität für die Türkei weiter beschleunigt und insgesamt 2,2 Mrd. Euro der für den Zeitraum 2016-2017 vorgesehenen 3 Mrd. Euro zugewiesen, um den dringendsten Bedarf der Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei zu decken.

Die Kommission hat ihre vierte Empfehlung zur Frage der Wiederaufnahme der Dublin-Überstellungen nach Griechenland angenommen. In dieser Empfehlung stellt die Kommission fest, dass Griechenland beträchtliche Fortschritte bei der Schaffung der grundlegenden institutionellen und rechtlichen Strukturen erzielt hat, die für ein ordnungsgemäß funktionierendes Asylsystem erforderlich sind. Allerdings bestehen bestimmte Unzulänglichkeiten im griechischen Asylsystem weiterhin, u. a. was die Aufnahmebedingungen, die Behandlung schutzbedürftiger Antragsteller und die Geschwindigkeit anbelangt, mit der Asylanträge registriert und geprüft werden. Die Kommission empfiehlt eine schrittweise Wiederaufnahme der Überstellungen nach Griechenland. Damit Griechenland nicht übermäßig belastet wird, sollten diese Überstellungen aber nicht rückwirkend wiederaufgenommen werden und ein besonderes Verfahren sei zu beachten.

Im November 2016 wurden insgesamt 1.406 Personen umgesiedelt. Insgesamt wurden bislang 8.162 Personen umverteilt (6212 aus Griechenland und 1950 aus Italien). Die Mitgliedstaaten haben im Bereich der Neuansiedlung bisher 13.887 der insgesamt im Rahmen der Regelung vom Juli 2015 vereinbarten 22.504 Menschen legale und sichere Einreisemöglichkeiten angeboten. Seit dem letzten Bericht wurden 2.035 Menschen vor allem aus der Türkei, Jordanien und dem Libanon neu angesiedelt.

Pressemitteilung:

http://ec.europa.eu/germany/news/dublin-%C3%BCberstellungen-von-fl%C3%BCchtlingen-nach-griechenland-sollen-schrittweise-wieder-aufgenommen_de?newsletter_id=188&utm_source=representations_newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=EU-Aktuell&utm_content=Dublin-Überstellungen%20von%20Flüchtlingen%20nach%20Griechenland%20sollen%20schrittweis&lang=de

Rat und EP einigen sich über systematische Kontrollen an den Außengrenzen

Rat und EP haben am 5. Dezember 2016 eine Einigung über die Anpassung des Schengener Grenzkodex erzielt. Danach werden künftig systematische Kontrollen aller ein- und ausreisenden Personen an den EU-Außengrenzen obligatorisch. Dabei soll insbesondere ein Abgleich mit Datenbanken erfolgen, etwa dem Schengen-Informationssystem oder der Interpol-Datenbank für verlorene oder gestohlene Reisedokumente. Das EP setzte durch, dass die Kontrollen nicht nur an Land- und Seegrenzen erfolgen, sondern auch an Flughäfen. Wenn durch die Kontrollen zu lange Wartezeiten entstehen, sollen auch Stichproben möglich sein. Der Vorschlag ist Teil des umfangreichen Pakets zur Sicherung der Grenzen, das die Kommission im Dezember 2015 vorgelegt hatte (siehe Briefing vom Januar 2016). Die Einigung muss von den beiden Institutionen noch förmlich gebilligt werden.

EP-Pressesmitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20161121IPR52158&language=DE&format=XML>

Kommission: Aktionsplan für Sicherheitsstandards bei Reisedokumenten

Am 8. Dezember 2016 hat die Kommission einen Aktionsplan über die Sicherheitsstandards von Reisedokumenten sowie die Anforderungen an Grenzkontrollen auf EU-Ebene vorgelegt. Das Ziel ist, die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität durch eine verbesserte Sicherheit von Reisedokumenten auszuweiten. Der Plan skizziert Maßnahmen in vier Bereichen: Der Registrierung der Identität, dem Ausstellung von Dokumenten, der Herstellung von Dokumenten und der Kontrolle von Dokumenten. Die Kommission wird die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans bewerten und dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende des ersten Quartals 2018 über die erzielten Fortschritte Bericht erstatten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4264_de.htm

Amtsblatt: Europäisches Reisedokument für Drittstaatsangehörige

Am 17. November 2016 ist die Verordnung (EU) 2016/1953 über die Einführung eines europäischen Reisedokuments für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger im Amtsblatt veröffentlicht worden (siehe Europa-Informationen November 2016). Die Verordnung gilt ab dem 8. April 2017.

Amtsblatt: http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2016.311.01.0013.01.DEU&toc=OJ:L:2016:311:TOC

OVG Schleswig entscheidet über Flüchtlingseigenschaft bei syrischen Flüchtlingen

Das Schleswig-Holsteinische Obergerverwaltungsgericht hat am 23. November 2016 entschieden, dass syrische Flüchtlinge, die keine individuelle Verfolgung vor der Ausreise erlitten haben, die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht allein wegen ihres Auslandsaufenthaltes und der Asylantragstellung beanspruchen können. Das Gericht bestätigt damit die Entscheidungspraxis des BAMF. Den Flüchtlingen stehe nur ein subsidiärer Schutz zu, da infolge des innerstaatlichen bewaffneten Konflikts eine Bedrohung ihres Lebens oder Unversehrtheit vorliege. Das Verwaltungsgericht hatte in der Vorinstanz die Flüchtlingseigenschaft bejaht. Gegen das Urteil kann binnen eines Monats nach Zustellung Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision erhoben werden.

Pressemitteilung: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Justiz/OVG/Presse/PI_OVG/2016_11_23_OVG_Syrien.html

Rat und EP einigen sich über Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung

Am 5. Dezember 2016 hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments die Einigung im Trilog über die Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung bestätigt. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter stimmte am 30. November 2016 dem Vorschlag zu. Nach der Richtlinie soll Folgendes unter Strafe gestellt werden:

- Auslandsreisen für terroristische Zwecke, um insbesondere dem Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer entgegenzuwirken.
- Die Organisation und Erleichterung solcher Reisen, u. a. durch logistische und materielle Unterstützung wie den Kauf von Flugtickets oder die Planung der Reiseroute.
- Das Absolvieren einer Ausbildung für terroristische Zwecke, z. B. in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoffen, Feuerwaffen und schädlichen oder gefährlichen Stoffen in Anlehnung an die bereits bestehende Bestimmung über die bewusste Durchführung einer solchen Ausbildung.
- Die Bereitstellung oder Sammlung von Geldern mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass sie dazu verwendet werden, terroristische Straftaten und Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Vereinigungen oder terroristischen Aktivitäten zu begehen.

Zudem sollen die Rechte von Terrorismusopfern verbessert werden. Der Vorschlag soll Anfang nächsten Jahres formell angenommen werden.

Pressemitteilung:

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/05-combating-terrorism/>

EP: EU-US-Datenschutzabkommen für Polizei und Justiz angenommen

Am 1. Dezember 2016 hat das Europäische Parlament dem EU-US-Datenschutz-Rahmenabkommen („Umbrella Agreement“) zugestimmt (siehe Briefing vom 15. Juni 2016). Das Rahmenabkommen soll gewährleisten, dass der Austausch personenbezogener Daten, wie Strafregister, Namen oder Adressen, unter strengen Datenschutzregeln stehen. Eine Neuerung ist, dass alle EU-Bürgern das Recht haben, ihre Datenschutzrechte vor US-Gerichten geltend zu machen. Ein Recht, das für US-Bürger in Europa bereits gilt. Die Zustimmung des Parlaments folgt der Unterzeichnung des Abkommens durch die Justizminister der EU und der USA am 2. Juni 2016. Zuvor hatte der US-Kongress mit der Verabschiedung des Judicial Redress Acts am 24. Februar 2016 dem Klagerecht von EU-Bürgern vor US-Gerichten zugestimmt. Bevor das EU-US-Datenschutzrahmenabkommens offiziell in Kraft treten kann, muss noch der Rat über den Abschluss des Abkommens entscheiden.

Pressemitteilung:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161129IPR53615/parlament-stimmt-eu-us-datenschutzabkommen-f%C3%BCr-polizei-und-justiz-zu>

EuGH: Begrenzung des Einstellungsalters für den Polizeidienst rechtmäßig

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 15. November 2016 in der Rechtssache C-258/15 entschieden, dass Bewerber, die älter als 35 Jahre sind, von einem Auswahlverfahren zur Einstellung in den Polizeidienst ausgeschlossen werden können. Der Fall betraf ein Auswahlverfahren zur Einstellung von Polizeibeamten in der Autonomen Gemeinschaft des Baskenlandes. Zwar liege eine offensichtliche Ungleichbehandlung wegen des Alters vor, diese sei aber keine Diskriminierung des Bewerbers, wenn ein Merkmal, das mit dem Alter zusammenhängt, eine wesentliche berufliche Anforderung darstelle. Der Gerichtshof weist dabei darauf hin, dass die Aufgaben betreffend den Schutz von Personen und Sachen, die Festnahme von Straftätern und der präventive Streifendienst die Anwendung körperlicher Gewalt erfordern können. Diese Aufgaben machen besondere körperliche Fähigkeiten erforderlich, die an das Alter geknüpft seien.

In der Rechtssache Vital Pérez (C-416/13) hatte der Gerichtshof (noch) entschieden, dass nationale Entscheidungen gegen europäische Regelungen verstoßen, wenn sie das Höchstalter für die Einstellung örtlicher Polizeibeamter auf 30 Jahre festlegen. In der aktuellen Entscheidung seien aber die Aufgaben unterschiedlich, insbesondere nehmen die Polizeikräfte der Autonomen Gemeinschaften keine administrativen Aufgaben, sondern ausschließlich Einsatz- oder Vollzugsaufgaben wahr.

Pressemitteilung:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-11/cp160125de.pdf>

Polizisten aus MV: Hospitation in Brüssel

Im Rahmen der nordostdeutschen Zusammenarbeit nahmen vier Polizeibeamte der Freien Hansestadt Bremen, sieben Polizeibeamte aus Mecklenburg-Vorpommern und zwei Polizeibeamte aus Thüringen vom 27. November bis 2. Dezember 2016 an einer Hospitation in Brüssel teil. Der Besuch diente dazu, das europäische Gesetzgebungssystem, polizeiliche Themen auf europäischer Ebene kennen zu lernen, vorhandene Kenntnisse auszubauen und neue Kontakte zu knüpfen. Hierzu fanden u.a. Besuche und Vorträge bei dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, Europol, dem Rat, dem Europäischen Parlament, der deutschen Botschaft in Den Haag und der Kommission statt.

3. Justiz, Verbraucherschutz

Rat (Justiz): Einigung bei PIF-Richtlinie und neuen psychoaktive Substanzen

Am 8. Dezember 2016 hat der Rat seinen Standpunkt zur Reform der Rechtsvorschriften über neue psychoaktive Substanzen festgelegt. Das Paket soll eine wirksamere Reaktion der EU auf die neuen Drogen ermöglichen, die immer rascher auf dem EU-Markt auftauchen. Mit dem Gesetzespaket sollen der Informationsaustausch, das Frühwarnsystem und das Risikobewertungsverfahren auf EU-Ebene verbessert werden. Die Mitgliedstaaten sollen die Entscheidung über ein Verbot innerhalb von sechs Monaten treffen. Der Rat nimmt im weiteren Verfahren mit dieser Position die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament auf.

Der Rat billigte die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie über den Schutz der finanziellen Interessen der EU. Die Richtlinie sieht gemeinsame Begriffsbestimmungen für eine Reihe von Straftaten zulasten des EU-Haushaltes vor, u.a. Fälle von Betrug und damit verbundene Straftaten wie Bestechlichkeit, Bestechung und Geldwäsche. Fälle von grenzübergreifendem Mehrwertsteuerbetrug über 10 Mio. EUR fallen ebenfalls in den Anwendungsbereich der Richtlinie. Deutschland sprach sich dagegen aus. Daneben werden Mindestvorschriften für Verjährungsfristen festgelegt. Die Richtlinie soll den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) bestimmen. Anfang des nächsten Jahres sollen die förmlichen Abstimmungen im Europäischen Parlament und Rat erfolgen.

In einer Aussprache über die EPPO-Verordnung (Europäische Staatsanwaltschaft) unterstützten zwanzig Mitgliedstaaten die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft und den Text in der derzeitigen Fassung.

Weitere Themen auf dem Rat waren die Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und ein Bericht über die Verbesserung der Strafverfolgung im Internet.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2016/12/08-09/>

Kommission: Neue Richtlinie zum Insolvenzrecht

Die Kommission hat am 22. November 2016 einen Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte Aspekte von Unternehmensinsolvenzen vorgelegt. Die Kommission will mit der Initiative die Insolvenz- und Umstrukturierungssysteme verbessern, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten sollen frühzeitig Umstrukturierungen vornehmen können, um eine Insolvenz und die Entlassung von Mitarbeitern zu vermeiden. Die vorgeschlagene Richtlinie konzentriert sich auf drei Elemente:

- Gemeinsame Grundsätze für die Verwendung von Rahmen für eine frühe Umstrukturierung, die Unternehmen helfen werden, ihre Tätigkeit fortzusetzen und Arbeitsplätze zu erhalten.
- Bestimmungen für Unternehmer auf eine zweite Chance, da sie nach einem Zeitraum von höchstens drei Jahren eine vollständige Schuldenbefreiung erhalten.
- Gezielte Maßnahmen für die Mitgliedstaaten, die Effizienz der Insolvenz-, Umstrukturierungs- und Schuldenbefreiungsverfahren zu erhöhen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3802_de.htm

EUROJUST: Unterstützung bei Ermittlungen gegen eine organisierte Schleusergruppe

Am 23. November 2016 sind die Staatsanwaltschaften aus Salerno in Italien und Karlsruhe mit Unterstützung von EUROJUST gegen eine Gruppe von Schleppern vorgegangen, die Menschen auf den Weg von Libyen nach Italien mittels eines Bootes geschickt haben sollen.

Ihnen wird auch vorgeworfen, dass sie die Flüchtlinge für drei Tage ohne ausreichende Verpflegung auf die Mittelmeerüberfahrt gesandt haben sollen. 11 Verdächtige sind in Italien und Deutschland verhaftet und mehrere Objekte durchsucht worden. Der Hauptverdächtige ist ein Deutscher. EUROJUST hat die Koordination unterstützt, um die Ermittlungsmaßnahmen zeitgleich durchführen zu können.

Pressemitteilung:

<http://www.eurojust.europa.eu/press/PressReleases/Pages/2016/2016-11-23.aspx#>

Rat: Schlussfolgerungen zur Prävention von Radikalisierung

Der Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) hat am 21. und 22. November 2016 Schlussfolgerungen zur „Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbereitem Extremismus führt“ angenommen. Gewaltbereiten extremistischen Ideologien müsse u.a. durch attraktive, gewaltfreie Alternativen entgegengewirkt werden. Die Dienstanbieter von sozialen Medien sollen bei der Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet einbezogen werden, wobei allerdings die Meinungsfreiheit zu achten sei. Weiterhin sollte die Arbeit des EU-Internetforums und des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) von Europol und die Arbeit der EU-Meldestelle für Internetinhalte (EU IRU) unterstützt werden.

Schlussfolgerungen:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13611-2016-INIT/de/pdf>

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2016/11/21-22/>

4. Finanzen

Neue Mehrwertsteuervorschriften sollen Online-Handel erleichtern

Die Kommission hat am 1. Dezember 2016 die im Arbeitsprogramm 2016 angekündigten Vorschläge im Bereich Mehrwertsteuer vorgelegt, mit denen der elektronische Geschäftsverkehr in der EU erleichtert werden soll. Verbraucher und Unternehmen, insbesondere KMU und Start-ups, sollen einfacher Waren und Dienstleistungen grenzüberschreitend online kaufen und verkaufen können. Die Maßnahmen sind Teil der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt.

Die Kommission schlägt ein EU-weit einheitliches Portal für die auf Online-Umsätze fällige Mehrwertsteuer („einzige Anlaufstelle“) vor, um so die Kosten für die Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften zu verringern. Die Mehrwertsteuer soll in dem Mitgliedstaat entrichtet werden, in dem der Endverbraucher ansässig ist. Die Kommission erwartet davon auch eine gerechteren Verteilung der Steuereinnahmen zwischen den EU-Ländern. Sie beziffert die derzeitigen jährlichen Steuerverluste bei Online-Umsätzen auf 5 Mrd. EUR, die bis 2020 voraussichtlich auf 7 Mrd. EUR steigen, wenn nicht gehandelt wird.

Außerdem soll den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, auf elektronische Veröffentlichungen wie E-Books und Online-Zeitungen dieselben (ermäßigten) Mehrwertsteuersätze zu erheben wie auf die entsprechenden Printveröffentlichungen. Die geltenden Regelungen schließen das derzeit aus.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4010_de.htm

EU-Haushalt 2017 verabschiedet: Mehr Geld für Wachstum und Arbeitsplätze

Am 17. November 2016 erzielten die Organe der EU eine Einigung über den Haushaltsplan 2017. Wie von der Kommission bereits vorgeschlagen, wird die EU 2017 mehr Mittel darauf verwenden, Europa wettbewerbsfähiger und sicherer zu machen. Ebenso werden mehr Mittel zur Unterstützung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie zur Bewältigung der eigentlichen Ursachen der Migration in den Herkunfts- und Transitländern vorgesehen.

Der EU-Haushalt für 2017 beläuft sich auf 157,9 Mrd. EUR bei den Mitteln für Verpflichtungen und 134,5 Mrd. EUR bei den Mitteln für Zahlungen. Fast die Hälfte der Mittel (74,9 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen) wird zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. So entfallen beispielsweise 21,3 Mrd. EUR auf Programme wie Horizon 2020, Erasmus+, COSME und die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) und 2,7 Mrd. EUR auf den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Weitere 53,59 Mrd. EUR aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) entfallen auf die Förderung der Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Regionen. Die Unterstützung für europäische Landwirte erfolgt in Höhe von 42,6 Mrd. EUR.

Knapp 6,0 Mrd. EUR für einen besseren Schutz unserer Außengrenzen sowie zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise. Mit der Hälfte dieser Mittel werden Maßnahmen innerhalb der EU finanziert, die andere Hälfte wird für Maßnahmen außerhalb der EU zur Bewältigung der eigentlichen Ursachen der Migration eingesetzt. Insgesamt 200 Mio. EUR werden auf das neue [Instrument für humanitäre Hilfe](#) innerhalb der EU entfallen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3743_de.htm

Europäisches Semester – Herbstpaket: Hin zu einer stärkeren wirtschaftlichen Erholung

Am 16. November 2016 hat die Kommission mit der Vorlage des Jahreswachstumsberichts und des Beschäftigungsberichts das Europäische Semester für 2017 eröffnet.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen gemäß den Grundsätzen des „tugendhaften Dreiecks“ – Investitionen, Strukturreformen und verantwortungsvolle Fiskalpolitik – zu intensivieren und hierbei den Fokus auf soziale Gerechtigkeit und ein Wachstum zum Wohle aller zu legen.

Die politischen Leitlinien im Jahreswachstumsbericht werden begleitet von einer Mitteilung über den fiskalpolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet, einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik im Euroraum sowie einer eingehenden Analyse des Wirtschaftsumfelds, des Arbeitsmarkts und der sozialen Bedingungen. Darüber hinaus nimmt die Kommission [Stellung zu den Übersichten über die Haushaltsplanung](#) der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets für 2017. In fünf Ländern (Deutschland, Estland, Luxemburg, Niederlande und Slowakei) entsprechen die Übersichten über die Haushaltsplanung den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) für 2017. In Belgien, Italien, Zypern, Litauen, Slowenien und Finnland bleibt die geplante Haushaltskonsolidierung hinter den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurück. Frankreich, Spanien und Portugal sind Gegenstand eines Defizitverfahrens.

Für die Erstellung der Länderberichte Anfang 2017 strebt die Kommission einen engen Dialog mit den Mitgliedstaaten an, vor allem mit dem Ziel, dass diese für nötig erachtete Reformen auch als eine eigene Aufgabe ansehen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3664_de.htm

EFSI: Europäischer Rat unterstützt Verlängerung und Aufstockung

Der Europäische Rat hat sich am 16. Dezember 2016 für eine Verlängerung und Aufstockung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen ausgesprochen und Rat und Parlament aufgefordert, das entsprechende Rechtsetzungsverfahren bis Mitte 2017 abzuschließen. Im Anschluss an ihren entsprechenden Vorschlag vom September 2016 (siehe Europa-Informationen vom Oktober 2016) hat die Kommission am 29. November 2016 eine umfangreiche [Mitteilung](#) vorgelegt, in der sie unter Berufung auf die Europäische Investitionsbank und ein Gutachten des Wirtschaftsprüfungsunternehmens Ernst & Young eine positive Zwischenbilanz des Investitionsprogramms zieht.

Ernst & Young hatte in seiner Evaluierung allerdings auch auf einige Defizite hingewiesen, die künftig abgestellt werden sollten. So sei die regionale Verteilung der Mittel unausgewogen. Es sei unklar, ob EFSI wirklich höhere Risiken (und damit zusätzliche, sonst unterbliebene Projekte) finanziere. Die Kooperation mit nationalen und regionalen Förderbanken funktioniere noch nicht richtig. Das Volumen der Zusagen liege zwar auf dem erwarteten Niveau, die tatsächlichen Finanzierungen aber bisher erst bei 21% des Fonds. Außerdem fehle es an Zielen für die Investitionen wie Wachstumsraten oder zu schaffende Arbeitsplätze. EFSI sei mit einzelnen Programmen (wie COSME) gut kombinierbar, allerdings weniger mit den Strukturfonds. Die Studie empfiehlt u.a. eine genauere Untersuchung der Gründe, warum in einzelnen Mitgliedstaaten EFSI nicht oder kaum nachgefragt wird. Außerdem sollten Produkte für höhere Risiken entwickelt, Indikatoren für den Erfolg eingeführt und die Kombination mit anderen Programmen erleichtert werden.

Die Länder halten an ihrer kritischen Haltung zu EFSI fest; diese wurde in einem Beschluss der Europaministerkonferenz am 1. Dezember 2016 bestätigt (s.o.).

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4024_de.htm

Studie: https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/ey-report-on-efsi_en.pdf

PRIIPs: Aufschieb bis zum 1. Januar 2018

Der Rat hat am 8. Dezember 2016 eine Verordnung angenommen, mit der der Geltungsbeginn der Vorschriften für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) um 12 Monate aufgeschoben wird. Die Verordnung 1286/2014 gilt nun ab dem 1. Januar 2018 und nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, ab 31. Dezember 2016. Durch den Aufschieb um ein Jahr können technische Regulierungsstandards festgelegt werden und erhält die Branche ausreichend Zeit, um sich an die neuen Vorschriften anzupassen. Dies ergab sich, nachdem das Europäische Parlament die ursprünglich von der Kommission angenommenen technischen Regulierungsstandards abgelehnt hatte.

Pressemeldung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2016/12/47244651857_en.pdf

5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der HOAI

Die Kommission hat am 17. November 2016 Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof eingereicht, da nach ihrer Auffassung die verbindlichen Mindest- und Höchstpreise in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) unverhältnismäßige und nicht gerechtfertigte Hindernisse bei freiberuflichen Dienstleistungen darstellen. Diese Regelung sei zur Sicherung der Qualität der Dienstleistungen in- und ausländischer Anbieter nicht nötig und verhindere, dass Verbraucher die Leistungen zu günstigeren Preisen in Anspruch nehmen können. Damit verstoße Deutschland gegen die [Dienstleistungs-Richtlinie](#). Zu den Vorstufen der Klage siehe [Briefing vom März 2016](#).

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3646_de.htm

Kommission: Neue Richtlinie zum Insolvenzrecht

s.o. 3. Justiz

Ausschreibung „Europäische Unternehmerregion“

Der Ausschuss der Regionen hat den jährlichen Wettbewerb zur Europäischen Unternehmerregion (EER) eröffnet. Im Rahmen des Projekts werden EU-Regionen ausgezeichnet, die ungeachtet ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Kompetenzen einen herausragenden und innovativen unternehmerischen Strategieplan haben. Diesen Regionen wird für ein Jahr die Auszeichnung "Europäische Unternehmerregion" verliehen. Teilnehmen können alle Organisationen, die zum Erreichen dieser Ziele beitragen möchten. Die Umsetzung der Maßnahmen wird regelmäßig von der EER-Jury überwacht. Die Ausschreibungsfrist endet am 7. April 2017.

Informationen und Antragsformulare unter: www.cor.europa.eu/eer

Ausschreibung von Projekten für Küsten- und Meerestourismus

Die Kommission hat am 29. November 2016 eine Ausschreibung für Projekte im Küsten- und Meerestourismus veröffentlicht. Mit den Projekten soll das reiche maritime Erbe Europas in den Blickpunkt gerückt werden. Tourismusverwaltungen sollen sich mit Akteuren aus der Kultur- und Kreativwirtschaft zusammentun und neue Tourismusangebote entwickeln. Für die Förderung stehen bis zu 1.5 Mio. € zur Verfügung. Anträge können bis 15. März 2017 eingereicht werden.

Ausschreibung: <https://ec.europa.eu/easme/en/call-proposals-nautical-routes-europe>

Jeder sechste Arbeitnehmer in der EU war 2014 Niedriglohnempfänger

Aus der von Eurostat am 8. Dezember 2016 herausgegeben Verdienststrukturerhebung ergibt sich, dass im Jahr 2014 im EU-Durchschnitt mehr als ein Sechstel der Arbeitnehmer weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens verdiente und damit zum Niedriglohnsektor gehörte. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten erheblich: während der Anteil in den baltischen Staaten, Polen und Rumänien fast ein Viertel beträgt, liegt er in Schweden und Belgien nur bei 2,6 bzw. 3,8%. Deutschland liegt mit 22,5% am oberen Ende. Große Unterschiede gibt es auch zwischen Frauen und Männern, zwischen Altersgruppen (höher unter 30 Jahre) und nach Bildungsstand.

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7762332/3-08122016-AP-DE.pdf/f6abdc1-ec9c-46ef-ae73-822cb905b04d>

Herausforderungen an die Gesundheitssysteme: Bericht von Kommission und OECD

Am 23. November 2016 wurde der gemeinsame Bericht der Kommission und OECD „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2016“ vorgestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit und zur Prävention von Krankheiten sowie eine wirksamere Gesundheitsversorgung in der Europäischen Union Leben retten und Milliarden von Euro einsparen könnten.

Der Bericht will drei Kernbotschaften für die nationalen Gesundheitssysteme vermitteln:

- Größere Effizienz, etwa durch Maßnahmen gegen potenziell vermeidbare Krankheiten, die z.B. durch Fettleibigkeit oder Rauchen bedingt sind. So sollte mehr in Strategien zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention investiert werden, und die Qualität der Versorgung bei akuten oder chronischen Beschwerden sollte verbessert werden;
- Einfachere Zugänglichkeit: 27 % der Patientinnen und Patienten suchen eine Notaufnahme auf, weil nicht genügend Einrichtungen zur medizinischen Grundversorgung vorhanden sind. Für arme Menschen vervielfache sich das Risiko, aus finanziellen Gründen keine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Finanzielle Hemmnisse beim Zugang zur Gesundheitsversorgung müssten verringert, der Zugang zur Grundversorgung erleichtert und übermäßig lange Wartezeiten vermieden werden.
- Belastbarkeit: der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren ist von unter 10 % im Jahr 1960 auf fast 20 % im Jahr 2015 angestiegen und dürfte sich bis 2060 auf knapp 30 % erhöhen. Eine alternde Bevölkerung, die Zunahme chronischer Krankheiten und finanzielle Zwänge erfordern neue Wege bei der Gesundheitsversorgung. Dazu gehören etwa E-Health-Angebote, kürzere Krankenhausaufenthalte, indem die Primär- und lokale Versorgung verbessert werden, sowie ein bedachterer Einsatz von Ressourcen für Arzneimittel.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3749_de.htm

Konsultation zur Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms

Die Kommission startete am 23. November 2016 eine öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms (2014-2020). Beiträge können bis zum 23. Februar 2017 eingereicht werden.

Konsultation:

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/mid-term_ev_3rd_health_programme_2014-2020

CETA: EP plant Abstimmung im Februar 2017

Das am 30. Oktober 2016 unterzeichnete Abkommen mit Kanada (CETA, siehe zuletzt [Europa-Informationen November 2016](#)) wird derzeit im Europäischen Parlament behandelt. Das EP muss zustimmen, damit die in die [Zuständigkeit der EU](#) fallenden Teile des Abkommens in Kraft treten und vorläufig angewendet werden können, bis die Ratifizierungsverfahren in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen sind. In einer außerordentlichen Sitzung am 24. November 2016 diskutierte der federführenden INTA-Ausschuss insbesondere das „Auslegungsinstrument“ und die 38 dem Abkommen beigefügten Erklärungen. Ein Antrag, über das Abkommen ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs einzuholen, wurde am 23. November 2016 vom Plenum mit deutlicher Mehrheit abgelehnt (225 gegen 439 Stimmen bei 35 Enthaltungen). Die Abstimmung im INTA-Ausschuss ist für Ende Januar, im Plenum für Februar 2017 vorgesehen.

Abstimmung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20161123+ITEM-010-02+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommission und Kanada wollen multilateralen Investitionsgerichtshof voranbringen

Am 13./14. Dezember 2016 fand in Genf auf Einladung der Kommission und der kanadischen Regierung ein erstes Treffen auf Regierungsebene statt, bei dem die Initiative zur Errichtung eines ständigen Investitionsgerichtshofs erörtert wurde. Diese Initiative war von der EU und Kanada im Zusammenhang mit dem Ende Oktober unterzeichneten Handelsabkommen (s.o.) auf den Weg gebracht worden. Ziel ist eine Abkehr von der in den geltenden weltweit über 3000 bilateralen Investitionsabkommen vorgesehenen Ad-hoc-Investor-Staat-Streitbeilegung. Der Investitionsgerichtshof könnte von allen interessierten Ländern in Anspruch genommen werden und würde für auf EU-Ebene geschlossene Abkommen an die Stelle der derzeitigen bilateralen privaten Systeme treten. Im nächsten Jahr sind weitere Treffen geplant, um die Initiative voranzubringen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4349_de.htm

6. Landwirtschaft, Umwelt

Europäisches Milchpaket stärkt Position der Milcherzeuger

Die Kommission hat am 24. November 2016 den zweiten Bericht über die Umsetzung des sogenannten „Milchpakets“ veröffentlicht. Er bildet die Reihe von eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Milcherzeuger in der Versorgungskette für Milcherzeugnisse seit 2012 ab. Aus dem Bericht geht hervor, dass die europäischen Landwirte die Möglichkeiten des Milchpakets wie die gemeinsame Aushandlung von Vertragsbedingungen mithilfe von Erzeugerorganisationen oder die Verwendung schriftlicher Verträge nach drei Jahren der Umsetzung zunehmend nutzen. Durch die Möglichkeit gemeinsamer Verhandlungen wird die Verhandlungsmacht der Milcherzeuger gestärkt, während schriftliche Verträge den Landwirten eine höhere Transparenz und bessere Rückverfolgbarkeit bieten.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3922_de.htm

Bericht: http://ec.europa.eu/agriculture/milk/milk-package/index_de.htm

Europäische Kommission schreibt Magermilchpulver aus Interventionsbeständen aus

Die Kommission eröffnete am 25. November 2016 eine bis 13. Dezember 2016 laufende Ausschreibung für 22.150 t Magermilchpulver aus Interventionsbeständen (6% von 355.000 t) aus. Demnach werde dadurch die Besserung auf dem Milchmarkt deutlich wo die Durchschnittspreise in den letzten drei Monaten um ca. 10% gestiegen seien. Seit September sei kein Magermilchpulver mehr in die Intervention gegangen, obwohl die Maßnahme weiterhin offen sei.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/311_en.htm

Krisenreserve: 435 Mio. Euro für europäische Landwirte

Europäische Landwirte, die Direktbeihilfen von der EU erhalten, bekommen ab 1. Dezember 2016 zusätzliche 435 Mio. Euro Unterstützung. Davon gehen 60 Mio. Euro an Landwirte in Deutschland. Das Geld stammt aus der landwirtschaftlichen Krisenreserve, in der seit 2013 jährlich Geld aus dem Budget für Direktbeihilfen zurückgehalten wird, um unter anderem Marktstützungsmaßnahmen zu finanzieren. Es wird am Ende des Jahres ausgezahlt, wenn es nicht in Anspruch genommen wurde. Die Europäische Kommission hat seit September vergangenen Jahres über 1 Mrd. Euro zusätzliche Hilfen für Landwirte bereitgestellt, die unter der schwierigen Marktlage leiden, diese wurden jedoch nicht aus der Krisenreserve finanziert, um die Direktbeihilfen für Landwirte nicht zu mindern.

Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/germany/news/krisenreserve-435-mio-euro-f%C3%BCr-europ%C3%A4ische-landwirte_de

Durchführungsverordnung: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R2073&from=EN>

EU-Investitions offensive: Künftig günstigere Darlehen für Landwirte

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) wollen die Finanzierung der ländlichen Entwicklung aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) verstärken. Durch die Inanspruchnahme der EFSD-Garantie in Verbindung mit den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) könne die Unterstützung deutlich erhöht

werden. Einzelheiten werden derzeit erörtert. In den kommenden zwei Jahren sind Pilotprojekte in mehreren Mitgliedstaaten geplant.

Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-investitionsoffensive-k%C3%BCnftig-q%C3%BCnstigere-darlehenf%C3%BCr-landwirte_de
http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-16-4007_en.htm

Landwirtschaftliche Erzeugung ist 2015 in der EU um 1,8% gesunken

Im Jahr 2015 belief sich die landwirtschaftliche Erzeugung in der Europäischen Union auf 411,2 Mrd. € zu Herstellungspreisen. Dies bedeutet verglichen mit 2014 einen Rückgang um 1,8%. In Deutschland betrug der Rückgang 7,8%.

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Einbrüche bei Milch und Schweinefleisch zurückzuführen. Mit 75,2 Mrd. € (bzw. 18% des EU-Gesamtwerts) hatte Frankreich 2015 die höchste gesamte landwirtschaftliche Erzeugung aller Mitgliedstaaten zu verzeichnen, gefolgt von Italien (55,2 Mrd. € bzw. 13%), Deutschland (51,5 Mrd. € bzw. 13%), Spanien (45,5 Mrd. € bzw. 11%), dem Vereinigten Königreich (29,6 Mrd. € bzw. 7%), den Niederlanden (26,7 Mrd. € bzw. 6%), Polen (22,3 Mrd. € bzw. 5%) und Rumänien (15,5 Mrd. € bzw. 4%).

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7748924/5-28112016-AP-DE.pdf/6eebc7a1-2612-4e9a-8411-d8e464e78e09>

EP gegen Zulassung von Pflanzenschutzmittel Bentazon

Das Europäische Parlament (EP) wandte sich am 23. November 2016 in einer nichtbindenden Entschließung gegen die Durchführungsverordnung der Kommission zur Verlängerung der Zulassung für das Pflanzenschutzmittel Bentazon bis 31. Januar 2032. Die am 30. Juni 2017 auslaufende Zulassung sollte nicht verlängert werden.

Bentazon ist ein Herbizid gegen zweikeimblättrige Pflanzen. Die Wassergefährdungsklasse liegt bei 2. Es ist damit als wassergefährdend eingestuft.

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51551/bentazone-herbicide-meps-object-to-commission-plans-to-renew-eu-authorisation>

Beratungen über Vorgehen gegen Vogelgrippe

Am 30. November 2016 haben Vertreter der Mitgliedstaaten und die Kommission im Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel über die Schutzmaßnahmen gegen das Vogelgrippe-Virus beraten. Betroffen sind Geflügelbetriebe und Wildvögel in Ungarn, Polen, Deutschland (vor allem Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen), Österreich, Kroatien, Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Finnland, Rumänien und der Schweiz.

Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C4er-beraten-%C3%BCber-vorgehen-gegen-vogelgrippe_de
http://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/control-measures/avian-influenza_en

Umwandlung tierischer Nebenprodukte in Biogas oder Kompost

Der Rat erhob am 28. November 2016 keine Einwände gegen den Erlass einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich der Parameter für die Umwandlung tierischer Nebenprodukte in Biogas oder Kompost und die Bedingungen für die Einfuhr von Heimtierfutter und für die Ausfuhr von verarbeiteter Gülle.

Verordnungsentwurf: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13411-2016-INIT/de/pdf>

Neue Rechtsgrundlage für Referenzschwellenwerte für Agrarerzeugnisse

Der Rat hat am 1. Dezember 2016 eine Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse verabschiedet. Diese trägt dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 07.09.16 (C-113/14) Rechnung, wonach Referenzschwellenwerte für landwirtschaftliche Erzeugnisse nur auf der Grundlage von Artikel 43 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vom Rat auf Vorschlag der Kommission hätten erlassen werden sollen. Der Rat trug auch der damit verbundenen Nichtigerklärung der Bestimmungen zu den Interventionspreisen Rechnung. Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Verordnungsentwurf: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14148-2016-INIT/de/pdf>

Verordnung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:346:0012:0019:EN:PDF>

EP billigt strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe

Das Europäische Parlament (EP) billigte am 23. November 2016 die im Trilog gefundene Einigung zur Richtlinie über Luftschadstoffe. Diese sieht für jeden Mitgliedstaat neue Emissionshöchstmengen für die folgenden fünf Luftschadstoffe vor: Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH₃) und Feinstaub (PM_{2,5}). Der Rat hatte sich gegen die Aufnahme von Methan ausgesprochen.

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51548/umwelt-parlament-unterst%C3%BCtztstrengere-grenzwerte-%C3%BCr-luftschadstoffe>

Beschlussfassung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0438+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Weltklimakonferenz von Marrakesch: Kampf gegen Klimawandel

Eines der wichtigsten Ergebnisse der CoP 22 (Confrence of Parties = engl. Konferenz der Parteien), die am 18. November 2016 zu Ende gegangen ist, ist die Proklamation von Marrakesch. Mit ihr wird dem Kampf gegen den Klimawandel höchste politische Priorität eingeräumt. Die Vertragsparteien sind mit der Realisierung des Pariser Beschlusses vor allem in Bezug auf die Transparenz und den fünfjährigen Ambitionszyklus vorangeschritten. Das Regelwerk solle demnach bis 2018 fertiggestellt sein. Alle Vertragsparteien begrüßten die weiteren Bemühungen der Industriestaaten um Verbesserung ihrer Beiträge zur Klimaschutzfinanzierung, ebenso wie die Fortschritte, die die Geberländer bei der gemeinsamen Mobilisierung erzielt haben. Dabei sollen bis 2020 jährlich 100 Mrd. USD für den Klimaschutz bereitstehen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3841_de.htm

EU verfehlt Ausgabenziel zum Klimaschutz

In einem am 22. November 2016 vorgelegten Bericht kommt der Europäische Rechnungshof (EuRH) zu dem Schluss, dass die Europäische Union (EU) ihr Ziel, bis 2020 20% der EU-Haushaltsmittel für den Klimaschutz zu verwenden, verfehlen wird. Dafür seien zusätzliche Anstrengungen notwendig. Nach Feststellung des EuRH hat die Vorgabe beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und beim Kohäsionsfonds zu stärkeren und gezielteren Klimaschutzmaßnahmen beigetragen. Beim Europäischen Sozialfonds (ESF) und in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums und Fischerei hat es jedoch keine nennenswerte Veränderung zugunsten des Klimaschutzes gegeben. Laut Europäischer Kommission lag der Anteil der für den Klimaschutz aufgewendeten Mittel im Zeitraum 2014-2016 bei durchschnittlich 17,6 %. Um das Ziel bis Ende 2020 zu erreichen, müsste der Anteil der Klimafinanzierung im Zeitraum 2017-2020 auf durchschnittlich 22 % erhöht werden. Darüber hinaus empfiehlt der EuRH eine umfassende Berichterstattung und Überwachung von Ergebnissen sowie eine realistische und solidere Bewertung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen.

Pressemitteilung: http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16_31/INSR_CLI-MATE_DE.pdf

„Winterpaket“ zur Energie- und Klimapolitik bis 2030

Siehe unter 8.

Umweltinformationen unterliegen nicht dem Geschäfts- und Betriebsgeheimnis

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied am 23. November 2016, dass der Zugang zu Umweltinformationen über Pflanzenschutzmittel und Biozide nicht unter Berufung auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beschränkt werden kann. Der EuGH stellte auch klar, dass das Recht auf Zugang zu „Informationen über Emissionen in die Umwelt“ nicht nur Emissionen aus Industrieanlagen, sondern beispielsweise auch Emissionen, die durch das Absprühen eines Pflanzenschutzmittels oder Biozidprodukts entstehen, erfasst. In den beiden Ausgangsfällen ging es zum einen um einen deutschen Bewertungsbericht zum Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat und zum anderen um Insektizid Imidacloprid der Gruppe der Neonicotinoide.

Pressemitteilung: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-11/cp160128de.pdf>

Urteil: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=185545&pageIn-dex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=951306>

EP nimmt Bericht zu illegalem Artenhandel an

Das Europäische Parlament verabschiedete am 24. November 2016 eine Entschließung zum EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels. Danach soll illegaler Artenhandel als schwere Straftat eingestuft werden. Gefordert wird insbesondere ein Verbot des Handels mit Elfenbein und Nashorn-Horn. Der Aktionsplan soll von der EU und den Mitgliedstaaten bis 2020 umgesetzt werden und umfasst drei Prioritäten: Verringerung von Angebot und Nachfrage nach illegalen Produkten von Wildtierarten; effiziente Umsetzung der bestehenden Vorschriften und engere Zusammenarbeit zwischen Ursprungs-, Transit- und Zielmarktländern.

Pressemitteilung: [http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51554/meps-call-for-ivory-trade-ban-penaltiesagainst-wildlife-trafficking)

[room/20161117IPR51554/meps-call-for-ivory-trade-ban-penaltiesagainst-wildlife-trafficking](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51554/meps-call-for-ivory-trade-ban-penaltiesagainst-wildlife-trafficking)

Dokumente: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0454+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geringe Inzidenz von TSE in der EU

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 1. Dezember 2016 ihren ersten Kurzbericht zur Überwachung von „Transmissiblen Spongiformen Enzephalopathien“ (TSE) bei Rindern, Schafen und Ziegen veröffentlicht. Der Bericht enthält die Ergebnisse aus Daten, aller Mitgliedstaaten sowie Island, Norwegen und der Schweiz für das Jahr 2015. Es wurden demnach fünf BSE-Fälle bei 1,4 Mio. getesteten Rindern nachgewiesen. Keines gelangte in den weiteren Produktionszyklus. Bei Schafen wurden unter 319.638 getesteten 641 und bei unter 135.857 Ziegen untersuchten 1.052 Scrapie-Fälle identifiziert gemeldet. TSE sind bei Tieren aufgrund der möglichen Übertragung von Gehirnerkrankheiten (z.B. Kreuzfeldt-Jakob-Krankheit) auf den Menschen als besonders gesundheitsgefährdend eingestuft und müssen bei Erkennung umgehend aus der Produktion entfernt werden.

Pressemitteilung: <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/161201>

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4643>

Plattform gegen Lebensmittelverschwendung eröffnet

Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis eröffnete am 29. November 2016 die Plattform gegen Lebensmittelverschwendung. Diese ist Teil der Kreislaufökonomie und soll Vorschläge zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung vom Hof bis auf den Tisch erarbeiten. Die Teilnehmer sind sowohl Vertreter öffentlicher als auch privater Interessen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-16-4087_en.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3989_de.htm

Rede Kommissar Andriukaitis: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-4093_en.htm

Leitlinien für neuartige und traditionelle Lebensmittel fertiggestellt

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 10. November 2016 zwei Leitliniendokumente zu neuartigen Lebensmitteln und traditionellen Lebensmitteln aus Drittstaaten veröffentlicht. Nach der sogenannten Novel Food-Verordnung entscheiden ab 2018 Risikomanager über die Marktzulassung neuartiger Lebensmittel. Sie können die EFSA um eine wissenschaftliche Risikobewertung ersuchen. Die Leitfäden helfen bei der Einschätzung der Risiken und bei der Antragstellung bei der zuständigen Behörde, der EFSA.

Neuartige Lebensmittel sind Lebensmittel, die von den europäischen Bürgern vor Mai 1997 nicht in nennenswertem Umfang verzehrt wurden. Traditionelle Lebensmittel sind eine Untergruppe neuartiger Lebensmittel. Der Begriff bezieht sich auf Lebensmittel, die in Ländern außerhalb der EU traditionell verzehrt werden.

Pressemitteilung: <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/161110>

<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2016.4594/full>

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport

Europäische Woche der Berufsbildung

Vom 5. bis 9. Dezember 2016 veranstaltet die Kommission erstmals die „Europäische Woche der Berufsbildung“ (European VET Week). Sie ist eine der zehn zentralen Initiativen, die von der Kommission im Rahmen der neuen „Europäischen Kompetenzagenda“ im Juni 2016 vorgeschlagen wurden. Im Laufe dieser Woche finden zum Thema Berufsbildung in der EU sowie den EFTA-Staaten und EU-Kandidatenländern 750 Veranstaltungen statt (davon 36 in Deutschland), auf welchen gelungene Initiativen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung präsentiert und mit denen über 500.000 Personen erreicht werden sollen. Ziel der Europäischen Woche der Berufsbildung ist laut Kommission die Betonung der Rolle der beruflichen Aus- und Weiterbildung bei der Förderung von Kompetenzen sowie bei der Steigerung von Beschäftigung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Weiterhin soll das gesellschaftliche Bewusstsein für die Attraktivität der beruflichen Bildung geschärft werden.

Link: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-4096_de.htm

PISA Ergebnisse 2015

Aus den am 6. Dezember 2016 veröffentlichten Ergebnissen des OECD-Berichtes über die Kompetenzen von 15-Jährigen in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen („Programme for International Student Assessment“ (PISA)) ergibt sich aus Sicht der Kommission, dass sich die EU-Mitgliedstaaten entscheidend verschlechtert hätten, wobei jedoch zwischen den einzelnen Staaten signifikante Unterschiede bestünden.

Kommissionsauswertung der PISA-Ergebnisse 2015 (in englischer Sprache): https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/pisa-2015-eu-policy-note_en.pdf

Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2016 veröffentlicht

Am 7. November 2016 hat die Kommission die 5. Ausgabe ihres Bildungsmonitors veröffentlicht. Dieser analysiert den aktuellen Stand und die wichtigsten Herausforderungen für die europäischen Bildungssysteme. Er umfasst einen Ländervergleich sowie 28 detaillierte Länderberichte. Bei der europäischen Bildungszusammenarbeit hatten sich die EU-Mitgliedstaaten verständigt, u.a. die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken und die Zahl der Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2020 auf mindestens 40 % aller 30- bis 34-jährigen zu erhöhen. Nach dem Monitor 2016 liegt die Schulabbrecherquote europaweit bei 11 % und die Zahl der Hochschulabsolventen bei 38,7 %. Bei den Bildungsinvestitionen verzeichnen zwei Drittel der Mitgliedstaaten einen Anstieg, im europaweiten Durchschnitt um 1,1 %. In sechs Ländern waren es mehr als 5 % (Bulgarien, Ungarn, Lettland, Malta, Rumänien und die Slowakei). Zehn Mitgliedstaaten reduzierten ihre Bildungsausgaben im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 (Österreich, Belgien, Kroatien, Zypern, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Litauen und Slowenien). Bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund war im Jahr 2015 die Schulabbrecherquote mit 19 % höher und mit 36,4 % die tertiären Bildungsabschlüsse niedriger als im allgemeinen Vergleich.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3577_de.htm

Kennzahlen zum Programm Horizont 2020: Erfolgsrate sinkt

Die Kommission hat am 28. November 2016 den Monitoringbericht 2015 zum Programm Horizont 2020 sowie Kennzahlen der ersten beiden Jahre des Programms veröffentlicht. Danach ist die Erfolgsrate des Programms erneut gesunken und beträgt 2015 nur noch 10,7 % (2014: 13,2 %). Damit hat sich dieser Wert seit dem letzten Rahmenprogramm nahezu halbiert (2007-2013: 19-22 %). In den beiden Jahren wären mehr als 40 Mrd. Euro zusätzlich benötigt worden, um alle förderfähigen Anträge zu finanzieren. Die seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten holen nur vereinzelt und dann sehr langsam ihren Rückstand auf die etablierten Länder. Ausnahmen bilden Estland und Slowenien.

Monitoring Bericht: https://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/h2020_monitoring_reports/second_h2020_annual_monitoring_report.pdf%20-%20view=fit&page-mode=none

Broschüre: http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/h2020_2-years-on_brochure.pdf%20-%20view=fit&pagemode=none

Bundesrat: „Horizont 2020“ erfolgreich, aber zu gering ausgestattet

Der Bundesrat hat in einer am 16. Dezember 2016 angenommenen Entschließung eine grundsätzlich positive Zwischenbilanz des Programms Horizont 2020 gezogen. Die erhebliche Überzeichnung (s.o.) mache aber deutlich, dass die Mittelausstattung nicht ausreichend sei. Es dürfe daher keine weiteren Umschichtungen zu Lasten des Programms im EU-Haushalt geben, etwa zugunsten des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Der Bundesrat weist außerdem auf eine Reihe von Schwachstellen hin und gibt Anregungen, die bei der künftigen Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung berücksichtigt werden sollten.

Entschließung: [http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2016/0701-0800/749-16\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2016/0701-0800/749-16(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Mitglieder der »High-Level-Group« für Forschung und Innovation benannt

Die Kommission hat am 29. November 2016 die zwölf Mitglieder einer hochrangigen Gruppe benannt, die eine Vision für die Zukunft der europäischen Forschungsförderung formulieren soll. Die Gruppe soll bis zum Frühsommer 2017 einen Beitrag zur Zwischenevaluierung des derzeitigen Rahmenprogramms Horizont 2020 liefern. Dieser Bericht wird auch Hinweise für die Vorbereitung eines neuen Programms ab 2021 enthalten.

Die Gruppe umfasst Mitglieder nicht nur aus Universitäten und Forschungsinstitutionen, sondern auch aus großen Unternehmen, kleinen und mittelständischen Betrieben sowie der Politik. Vorsitzender ist der ehemalige Kommissar und WHO-Direktor Pascal Lamy, aus Deutschland ist Martin Brudermüller, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BASF SE, vertreten. <http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&year=2016&na=na-291116-1>

LUX-Filmpreis 2016 geht an den Film "Toni Erdmann" von Maren Ade

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat am 23. November verkündet, dass die deutsch-österreichisch-rumänische Koproduktion "Toni Erdmann" der Regisseurin Maren Ade den 10. LUX-Filmpreis gewonnen hat. Der Film erforscht die moderne Unternehmenskultur durch die komplexe Beziehung zwischen Vater und Tochter.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51546/lux-filmpreis-2016-geht-an-den-film-toni-erdmann-von-maren-ade>

Deutsche Tanzkompanie in Brüssel: Europapremiere von „Das Dschungelbuch“

Am 27. November 2016 präsentierte sich die Deutsche Tanzkompanie wieder in Brüssel im Theater Saint-Michel. Sie kam auf Einladung des Informationsbüros Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union und begeisterte mit einem Klassiker: „Das Dschungelbuch“ wurde zu einem Tanzabenteuer für die ganze Familie. Die diesjährige Vorstellung war eine Europapremiere, bei der eine internationale Gruppe von 14 Tänzern aus 7 Nationen zu erleben war. Die Deutsche Tanzkompanie ist seit über 20 Jahren ein kultureller Botschafter des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel. Die Vorstellung für die Adventszeit 2017 in Brüssel ist schon in Vorbereitung: „Das kalte Herz“ nach dem Märchen von Wilhelm Hauff.

<http://www.belgieninfo.net/tanz-ist-die-muttersprache-der-menschheit/>

8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Landesplanung

„Winterpaket“ Energie: mehr Energie-Effizienz, mehr Wettbewerb bei Erneuerbaren

Die Kommission hat mit ihrem so genannten „Winterpaket“ am 30. November 2016 ein Maßnahmenbündel zur Überarbeitung der EU-Energie- und Klimapolitik für den Zeitraum bis 2030 vorgelegt. Das Paket besteht aus Vorschlägen in den Bereichen Effizienz, Strommarkt, erneuerbare Energien und Governance der Energieunion. Die am 1. Januar beginnende maltesische Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2017) hat vor, zunächst nur den Effizienzteil und ggfs. Governance aktiv voranzubringen. Die nachfolgende estnische Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 2017) will anschließend einen Fokus auf Strommarktdesign und Erneuerbare legen.

Die Vorschläge sind auf drei Hauptziele ausgerichtet:

1. die gesamte europäische Energie- und Klimapolitik soll dem Grundsatz „zuerst Energieeffizienz“ folgen;
2. Europa soll die weltweite Führung bei den erneuerbaren Energien übernehmen sowie
3. ein faires Angebot für die Verbraucher bereitstellen.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien soll die Versorgungssicherheit künftig grenzüberschreitend durch eine gemeinsame Methode zur regionalen Versorgungssicherheitsberechnung betrachtet werden. Der Entwurf sieht darüber hinaus einen Vorrang des Binnenmarktes vor Kapazitätsmärkten vor. Notwendig ist der Nachweis einer Versorgungslücke durch einen europäischen Versorgungssicherheitsbericht. Darüber hinaus sollen Kapazitätsmärkte nur temporär erlaubt werden.

Das vom Europäischen Rat beschlossene Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27% bis 2030 soll auf verbindliche 30% steigen. Ein Schwerpunkt soll dabei die verstärkte Renovierung von Gebäuden sein. Dazu sollen die noch in Umsetzung befindliche Richtlinie für die Gesamt-Energieeffizienz von Gebäuden überarbeitet und neue Anforderungen an Niedrigstenergiegebäude definiert werden. Weiterhin schlägt die Kommission eine neue Strommarkt-Verordnung und „Governance“-Regeln für die Zusammenarbeit der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Energieunion vor.

Daneben sollen Maßnahmen zum Ökodesign sicherstellen, dass nur noch energieeffiziente Produkte und Materialien auf den Markt kommen. Um einen Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch von mindestens 27% bis 2030 zu erreichen, will die Kommission die Fördersysteme der Mitgliedstaaten wettbewerblicher ausgestalten und für Investoren aus anderen Mitgliedstaaten öffnen. Der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien soll von heute 29% auf 50% steigen. Die vorrangige Einspeisung von Ökostrom soll für neue größere Anlagen eingeschränkt werden. Um das schwankende Angebot auf dem Strommarkt abzufedern, ist ferner eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Netzbetreibern geplant. Viele Neuerungen betreffen Verbraucher auch direkt. So sollen zum Beispiel die Stromproduktion durch private Verbraucher erleichtert und der Wechsel des Stromanbieters einfacher werden; auch damit soll der Wettbewerb gefördert werden.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4009_de.htm

Vorabprüfung zwischenstaatlicher Abkommen zur Gas- und Öllieferung

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich am 7. Dezember 2016 über den Beschluss zur Überprüfung zwischenstaatlicher Abkommen im Energiebereich geeinigt (zum Kommissionsvorschlag siehe Briefing vom März 2016). Künftig müssen Lieferabkommen für Gas und Öl vor dem Abschluss der Kommission zur Prüfung auf Vereinbarkeit mit dem EU-Recht vorgelegt werden. Damit sollen die Anfälligkeit der EU im Falle von Lieferunterbrechungen reduziert und die Transparenz erhöht werden. Die Auffassung der Kommission ist „größtmöglich“ zu berücksichtigen; vor ihrem Vorliegen darf das Abkommen nicht unterzeichnet werden. Bisher mussten solche Abkommen erst nach dem Abschluss vorgelegt werden; für Abkommen über die Lieferung von Elektrizität gilt das auch weiterhin. Die Notifizierung von Lieferabkommen zwischen kommerziellen Unternehmen ist Teil des noch anhängigen Vorschlags zur Sicherung der Energieversorgung (siehe auch dazu Briefing vom März 2016). Darüber haben EP und Rat noch keine Einigung erzielt.

Pressemitteilung Kommission (engl.): http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4311_en.htm?locale=en

Pressemitteilung Rat: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2016/12/01-02/>

Europäisches Parlament verabschiedet 4. Eisenbahnpaket

Am 14. Dezember 2016 hat das EP das 4. Eisenbahnpaket verabschiedet. Es stimmte dem mit dem Rat im April gefundenen Kompromiss zu, den der Rat im Oktober gebilligt hatte (siehe Europa-Informationen vom November 2016). Künftig werden Verkehrsdienstleistungen grundsätzlich in europaweiten Ausschreibungen vergeben. Die auch in Deutschland übliche Direktvergabe wird nur noch in engen Grenzen möglich sein. Die Rechtsakte werden demnächst im Amtsblatt veröffentlicht.

Pressemeldung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161208IPR55151/bahnreisen-soll-besser-werden-parlament-nimmt-reformpaket-an>

Eisenbahn: EU fordert Deutschland auf, europäische Rechtsvorschriften einzuhalten

Die Kommission hat Deutschland aufgefordert, seine nationalen Vorschriften an die Richtlinie 2004/49/EG über die Sicherheit der europäischen Eisenbahnen anzupassen. Diese Richtlinie, die die Mitgliedstaaten bis Dezember 2010 umsetzen mussten, soll ein einheitliches und hohes Sicherheitsniveau in allen EU-Schienennetzen gewährleisten. Sie legt insbesondere gemeinsame Grundsätze für die Verwaltung, die Regulierung und die Überwachung der Eisenbahnsicherheit fest, damit Fahrzeuge in der gesamten EU fahren können. Jedes Fahrzeug muss eine für seine Instandhaltung zuständige Stelle haben, die garantiert, dass es sich in einem sicheren Zustand befindet.

Die deutschen Vorschriften erfordern eine technische Inspektion in periodischen Abständen. Demzufolge entscheidet nicht die für die Instandhaltung zuständige Stelle über den Zeitpunkt der technischen Inspektion. Deutschland hat zwei Monate Zeit, der Kommission zu antworten. Wenn Deutschland nicht zufriedenstellend reagiert, kann die Kommission den Gerichtshof der EU anrufen.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-16-3644 de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3644_de.htm)

Hafendienstleistungen: EP nimmt Verordnung an

Das Europäische Parlament hat am 14. Dezember 2016 mit breiter Mehrheit der Verordnung über den Zugang zum Markt für Hafendienste und die finanzielle Transparenz der Häfen („Hafenpaket“) zugestimmt. Es bestätigte damit die Ende Juni 2016 mit Rat und Kommission erzielte Einigung (siehe Europa-Informationen Juli/August 2016). Für das Parlament war wichtig, dass die Verordnung nicht nur für mehr Transparenz bei der Finanzierung der Häfen sorgt, sondern auch Regeln über Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmern sowie die Stärkung des sozialen Dialogs enthält. Lotsen- und Ausbaggerungsdienste sind nicht mehr Gegenstand der Verordnung. Auf Drängen des Parlaments ist eine Aufforderung an die Kommission aufgenommen worden, Klarstellungen zum Begriff der Hafeninfrastruktur und zur Einbeziehung von Hafeninfrastruktur in die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung vorzunehmen.

Angenommener Text: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0499+0+DOC+XML+V0//DE>

Abgasmessungen: Vertragsverletzungsverfahren auch gegen Deutschland

Am 8. Dezember 2016 hat die Kommission rechtliche Schritte gegen sieben Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) eingeleitet, weil diese keine Sanktionssysteme eingerichtet haben, die Automobilhersteller von Verstößen gegen Fahrzeugemissionsvorschriften abhalten, oder weil sie solche Sanktionen im Falle von Gesetzesverstößen nicht angewendet haben. Deutschland muss jetzt innerhalb von zwei Monaten ausführlich darauf antworten.

Gemäß Artikel 46 der [Richtlinie 2007/46/EG](#) und insbesondere Artikel 13 der [Verordnung \(EG\) Nr. 715/2007](#), die unmittelbar anwendbar ist, müssen die Mitgliedstaaten über wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionssysteme verfügen, um Fahrzeughersteller von Gesetzesverstößen abzuhalten. Wird gegen ein Gesetz verstoßen, z. B. durch die Verwendung von Abschaltvorrichtungen, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen verringern, müssen diese Sanktionen verhängt werden.

Die Kommission leitete außerdem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, Luxemburg, Spanien und das Vereinigte Königreich ein (jene Mitgliedstaaten, die Typgenehmigungen für die Volkswagen AG in der EU ausgestellt haben), weil sie ihre nationalen Bestimmungen über Sanktionen nicht angewendet haben, obwohl Volkswagen verbotene Abschaltprogramme verwendete.

Darüber hinaus vertritt die Kommission die Auffassung, dass Deutschland und das Vereinigte Königreich das Gesetz gebrochen haben, indem sie sich nach Aufforderung durch die Kommission weigerten, alle in ihren nationalen Untersuchungen gesammelten Informationen offenzulegen, die potenzielle Unregelmäßigkeiten bei den Emissionen von Stickoxid (NO_x) bei Fahrzeugen des Volkswagenkonzerns und anderer Hersteller in ihrem Hoheitsgebiet betreffen. Ausgelöst durch die Abgasmanipulationen hatte die Kommission bereits am 27. Januar 2016 einen Vorschlag zur Aufhebung der Rahmenrichtlinie aus 2007 vorgelegt, in der die Typgenehmigung von Autos, Anhängern und Bauteilen geregelt wird (siehe Briefing vom März 2016). Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4214_de.htm

Einigung bei den Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe

Der Rat (Verkehr) legte am 1. Dezember 2016 seine Position zu zwei Vorschlägen der Kommission über Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe fest. Darin geht es um detaillierte technische Anforderungen für Schiffe in Bereichen wie Bau, Stabilität und Brandschutz. Für kleine Schiffe mit einer Länge von weniger als 24 m können Regelungen auf nationaler Ebene getroffen werden. Mit den neuen Vorschriften zur Überprüfung von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen soll ein Prüfsystem geschaffen werden, das Überschneidungen beseitigt, den Verwaltungs- und Prüfaufwand verringert und die wirtschaftliche Nutzungszeit der Schiffe erhöht.

Zum Kommissionsvorschlag siehe Briefing vom Juni 2016. Im EP wird der Vorschlag noch im Ausschuss beraten.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/01-passenger-ship-safety-two-sets-of-rules/>

Deutschland einigt sich mit Kommission über die PKW-Maut

Im Streit um die deutsche Pkw-Maut haben sich Kommission und Bundesregierung am 1. Dezember 2016 geeinigt. Der Kompromiss sieht einen geringeren Preis für Kurzzeitvignetten (2,50 EUR für 10 Tage) und eine Reduzierung der Kraftfahrzeugsteuer in Abhängigkeit von Schadstoffklassen vor. Anstelle von drei soll es jetzt fünf Preisstufen für Kurzzeitvignetten geben, und die Entlastung der deutschen Autofahrer von Kraftfahrzeugsteuer in exakt der gleichen Höhe wie die Maut entfällt. Stattdessen sollen Halter besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge der Schadstoffklasse EURO 6 über die Höhe der Maut hinaus stärker von der Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden.

Wenn das Infrastrukturabgabegesetz mit diesen Änderungen durch Bundestag und Bundesrat angenommen wird, entfällt aus Sicht der Kommission eine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Die Kommission wird dann das im Juni 2015 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren einstellen. Die Niederlande und Österreich haben angekündigt, vor dem EuGH zu klagen, wenn der Kompromiss umgesetzt werde; Belgien und Dänemark könnten folgen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4221_de.htm

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie

Am 17. November 2016 hat die Kommission ihren Fahrplan zur Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie veröffentlicht. Von Juli bis Oktober 2016 hat die Kommission dazu zwei öffentliche Konsultationen durchgeführt. Ursprüngliches Ziel der Eurovignette waren die Finanzierung der Kosten für Bau, Instandhaltung und Instandsetzung der Infrastruktur und die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. Mit der Überarbeitung soll insbesondere zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch den Straßenverkehr und zur Verbesserung der Qualität der Straßeninfrastruktur beigetragen werden. Das Preissystem müsse diskriminierungsfrei sein und die tatsächlichen Kosten für die Nutzung der Straße widerspiegeln. Die Kommission rechnet bei einer entfernungsabhängigen Straßennutzungsgebühr mit einem Anstieg der Transportkosten und mehr Wettbewerb zwischen den Transportdienstleistern. Gleichzeitig solle die Abgabe Anreize für eine effizientere Auslastung der Fahrzeuge liefern. Die Ergebnisse der Untersuchungen und Konsultationen sollen in die Kommissionsvorschläge für das zu Jahresbeginn 2017 erwartete „Straßenpaket“ einfließen.

Fahrplan der Kommission zur Eurovignetten-Richtlinie (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_move_004_eurovignette_en.pdf

EU-Strategie für eine kooperative, vernetzte und automatisierte Mobilität

Am 30. November 2016 hat die Kommission eine Europäische Strategie für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS) vorgeschlagen. Ziel dieser Strategie ist es, bis 2019 den Einsatz von Fahrzeugen zu ermöglichen, die miteinander und mit der straßenseitigen EU-Verkehrsinfrastruktur „reden“ können. So können alle Teile des Verkehrssystems Informationen austauschen – zusätzlich zu den Informationen, die Fahrer unmittelbar in ihrem Umfeld wahrnehmen und die von Fahrzeugsensoren erfasst werden können.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-16-3933_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3933_de.htm)

Weitere Satelliten für das europäische Navigationssystem Galileo im All

Am 17. November 2016 wurden vier weitere Satelliten für das europäische Navigationssystem Galileo ins All gebracht. Damit befinden sich nun 18 Galileo-Satelliten im Orbit. Bis 2018 sollen es insgesamt 30 sein. Das Navigationssystem soll künftig dem US-amerikanischen GPS-System Konkurrenz machen. Es soll 2020 betriebsbereit sein und dann Mobilfunksignale verbessern und den Verkehr auf Straße und Schiene sicherer machen.

Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C3%A4isches-navigationssystem-vier-galileo-satelliten-ins-allgebracht_de

9. Soziales, Jugend

Vorschriften über soziale Sicherheit: Freizügigkeit gegen Leistungsmissbrauch

Die Kommission hat am 13. Dezember 2016 die im Arbeitsprogramm für 2016 angekündigte Überarbeitung der Vorschriften zur sozialen Sicherheit vorgelegt. Diese sollen dafür sorgen, dass niemand, der in einen anderen Mitgliedstaat zieht, seinen Sozialschutz verliert. Die seit 1959 bestehenden Koordinierungsregeln sind seither regelmäßig angepasst worden.

Mit dem aktuellen Vorschlag sollen die Rechte auf Freizügigkeit und sozialen Schutz in ein ausgewogenes Verhältnis zu dem Bestreben der Mitgliedstaaten gebracht werden, Missbrauch und Betrug bekämpfen. Die Orte der Beitragszahlung und des Leistungsbezugs sollen enger verknüpft und die finanziellen Belastungen zwischen den Mitgliedstaaten gerechter verteilt werden.

Mit dem Vorschlag werden die EU-Vorschriften in vier Bereichen aktualisiert:

- Arbeitslosenleistungen können für sechs Monate exportiert werden (bisher drei). Für Grenzgänger/innen wird der Mitgliedstaat, in dem sie in den letzten 12 Monaten gearbeitet haben, für die Erbringung der Arbeitslosenleistungen zuständig. Dies spiegelt den Grundsatz wider, dass der Mitgliedstaat, der die Beiträge erhalten hat, auch die Leistungen zahlen soll. Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass eine Person, bevor sie arbeitslos wurde, mindestens drei Monate in ihrem Hoheitsgebiet gearbeitet haben muss, damit sie sich zur Beantragung von Arbeitslosenleistungen auf davor in einem anderen Mitgliedstaat zurückgelegte Erwerbszeiten berufen kann.
- Für Pflegeleistungen werden die Definition und die zuständigen Stellen geklärt.
- Für nicht erwerbstätige Personen wird der Zugang zu Sozialleistungen im Sinne der jüngsten Rechtsprechung des EuGH geklärt. Danach können Mitgliedstaaten vorsehen, mobilen Personen, die nicht erwerbstätig sind – die also weder arbeiten, noch aktiv Arbeit suchen und sich nicht legal im betreffenden Mitgliedstaat aufhalten – keine Sozialleistungen zu gewähren. Nicht erwerbstätige Bürger/innen dürfen sich nur dann legal in einem Mitgliedstaat aufhalten, wenn sie über ausreichende Existenzmittel verfügen und umfassend krankenversichert sind.
- Nationale Behörden sollen den Sozialversicherungsstatus dieser Arbeitnehmer/innen überprüfen können und eng zusammenarbeiten, um möglichen unfairen Praktiken und Missbrauch (auch zu deren Lasten) entgegenzuwirken.

Der Vorschlag sieht keine Änderung für den Export von Kindergeld vor. Das Land der Erwerbstätigkeit des Elternteils (der Eltern) ist auch weiterhin für die Zahlung der Kinderbeihilfe zuständig und dieser Betrag kann nicht angepasst werden, wenn das Kind woanders lebt.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-4301_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4301_de.htm)

OECD: Einkommensungleichheit weiterhin hoch

Aus den neusten Daten und Analysen der OECD zur Ungleichheit vom 24. November 2016 geht hervor, dass die Einkommensungleichheit seit der globalen Wirtschaftskrise in den meisten OECD-Ländern auf unverändert hohem Niveau verharret. Die Einkommen der reichsten 10 Prozent haben sich seit der Wirtschaftskrise stark erholt während sich die der ärmsten 10 Prozent kaum verändert haben. In Deutschland, wie auch in Österreich und der Schweiz, ist die Einkommensungleichheit geringer als im Schnitt der OECD-Länder. Seit der Krise in 2007/08 ist sie in Deutschland und in Österreich weitgehend konstant geblieben. Die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit sind in den Jahren 2010 bis 2014 in den meisten OECD-Ländern gestiegen, vor allem aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosigkeit.

Pressemitteilung: <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-bleibt-in-oecd-laendern-auf-hohem-niveau-24112016.htm>

Ein Viertel der Haushaltsausgaben wird für Wohnen aufgewendet

2015 haben die privaten Haushalte in der Europäischen Union (EU) nahezu ein Viertel (24,4%) ihrer gesamten Konsumausgaben für „Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ verwendet. (Deutschland: 24%). Dies entspricht einem Gesamtvolumen von nahezu 2.000 Mrd. € (bzw. 13,4% des BIP der EU) und stellt den bei weitem größten Anteil an den Ausgaben der Haushalte in der EU dar. Hohe Anteile entfallen bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte ebenfalls auf die Posten Verkehr (13,0 % der Gesamtausgaben), Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (12,3%), verschiedene Waren und Dienstleistungen (11,5%), etwa Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Körperpflege oder auf Freizeit und Kultur sowie Restaurants und Hotels (je 8,5%).

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7747220/2-29112016-AP-DE.pdf/e2d6db96-3f55-420d-91dc-6869e20ee3c7>

Jeder sechste Europäer hat nicht genug Geld für Freizeitaktivitäten

13% der Bevölkerung der Europäischen Union im Alter ab 16 Jahren gaben in 2014 an, nicht genug Geld zu haben, um einmal im Monat mit Freunden oder der Familie etwas essen oder trinken gehen zu können. 17,8% könnten es sich nicht leisten, regelmäßig an einer Freizeitaktivität teilzunehmen. In Deutschland betragen diese Werte 14,3 bzw. 12,5%.

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7752432/3-01122016-BP-DE.pdf/eb53ec8d-b158-411f-b032-dc4807f9c589>

EU-Sozialminister für europäische Säule sozialer Rechte

Der Rat (Beschäftigung und Sozialpolitik) sprach sich am 8. Dezember 2016 dafür aus, das europäische Sozialmodell zu stärken. Grundlage der Debatte war eine Auswertung der Konsultation, die die Kommission im März 2016 eingeleitet hatte (siehe Briefing vom April 2016). Anzustreben seien mehr soziale Konvergenz und ein besseres Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und sozialem Europa. Vorrangig seien die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verringerung von Ungleichheit sowie die Förderung von Gesundheit und die Gleichstellung der Geschlechter. Die unterschiedlichen Sozialsysteme der Mitgliedstaaten und die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sollten allerdings beachtet werden.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2016/12/08-09/>

Bericht: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14475-2016-INIT/de/pdf>

Entsendung von Arbeitnehmern weiterhin umstritten

Der Rat (Beschäftigung) nahm am 8. Dezember 2016 Kenntnis von einem Fortschrittsbericht zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen. Nach Auffassung der Ratspräsidentschaft stellen die Fragen der Geltung von Tarifverträgen für alle Sektoren und Leiharbeiter keine Hindernisse dar. Bei den Punkten der langfristigen Entsendung, der Entlohnung und der Vergabe von Unteraufträgen seien jedoch weitere fachliche Arbeiten und politische Beratungen erforderlich.

Bericht: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14368-2016-INIT/de/pdf>

Rat plädiert für Umsetzung der Jugendgarantie

Der Rat (Beschäftigung) forderte am 8. Dezember 2016 die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche verstärkt voranzubringen und sicherzustellen, dass die am stärksten benachteiligten Jugendlichen von dieser Initiative profitieren. Außerdem seien die Bemühungen fortzusetzen, junge Menschen zu erreichen, die nicht bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen gemeldet sind. Entwurfsvorlagen: Dokumente: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15015-2016-INIT/de/pdf>
<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12749-2016-INIT/de/pdf>

Zulassung von grenzüberschreitender Tätigkeit von Betriebsrententrägern

Der Rat verabschiedete am 8. Dezember 2016 die Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Neufassung). Damit können solche Einrichtungen (EbAV) ihre Tätigkeit auch in anderen Mitgliedstaaten ausüben. Dabei soll ein hohes Maß an Schutz und Sicherheit für Versorgungsanwärter und Leistungsempfänger betrieblicher Altersversorgungssysteme gewährleistet werden. Die Umsetzungsfrist beträgt zwei Jahre.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2016/12/08-09/>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51555/workplace-pensions-meps-back-clearerrules-for-schemes-to-move-across-borders>

Dokumente: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0448+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

10. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Jährliche Veranstaltung der informal Baltic Sea Group in Brüssel

Die iBSG (informal Baltic Sea Group), ein Zusammenschluss aller in Brüssel ansässigen Regionalbüros aus dem Ostseeraum hat am 16. November 2016 ein Seminar zur Digitalisierung im Ostseeraum veranstaltet. Dabei spielten neben dem Breitbandausbau ebenso Themen wie Arbeitsplätze und Innovationen aus dem IT-Sektor eine zentrale Rolle. Der Ostseeraum gilt laut führenden IT-Unternehmen als eine Wachstumsregionen für Innovationen im IT-Bereich. Im Seminar wurde .u.a. Beispiele vorgestellt wie der Breitbandausbau auch in dünn besiedelten Regionen mit Eigenleistungen und Kostenübernahme durch private Haushalte wirtschaftlich erfolgreich durchgeführt werden kann.

24 Projektvorhaben im Südlichen Ostseeraum beantragt

Die 3. Ausschreibungsrunde im INTERREG-Programm Südliche Ostsee endete am 16. Dezember 2016. Insgesamt wurden 24 Anträge zur Förderung eingereicht, die meisten davon in den Bereichen nachhaltiger Tourismus und Unternehmensentwicklung in Bezug auf Innovation und Internationalisierung. Beantragt wurden Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von 32,1 Mio. Euro. Die Entscheidung über die zu fördernden Projekte erfolgt Mitte Mai 2017. Aktuell sind Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern an 17 laufenden Projekten im Programm Südliche Ostsee beteiligt.

Programmwebseite: <https://southbaltic.eu/-/te-3>

Große Beteiligung bei der Ausschreibung zu „Blauen Berufen“

Auf die Ausschreibung der Kommission zu „Blue Careers“ und „Blue Labs“ (siehe Briefing vom März 2016) sind insgesamt 125 Projektvorschläge eingereicht worden. Davon hat die Kommission 10 für eine Förderung ausgewählt, die voraussichtlich im Februar 2017 veröffentlicht werden.

<https://ec.europa.eu/easme/en/news/evaluation-results-blue-careers-and-blue-labs-calls>

11. Medien, Digitaler Binnenmarkt

Rat billigt den Plan, kostenloses Wifi an öffentlichen Orten zur Verfügung zu stellen

Am 2. Dezember 2016 unterstützte der Ministerrat (Telekommunikation) den Vorschlag der Kommission, kostenlose WiFi-Zugänge in den Städten und Gemeinden in ganz Europa zu

fördern. <http://www.eu2016.sk/en/press-releases/free-wifi4eu-internet-connection-council-agrees-its-position>Die WiFi4EU-Initiative soll Kommunalbehörden helfen, überall in der EU kostenlose WiFi-Zugänge zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen einer ersten Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen, die noch vor dem Sommer 2017 durchgeführt werden soll, kann jede Kommunalbehörde in der EU einen Investitionsgutschein beantragen, um auf Plätzen, in Parks, in öffentlichen Gebäuden oder in Bibliotheken hochwertige Internetzugänge anzubieten. Die laufenden Kosten der Internetverbindung sind hingegen von der Behörde selbst zu tragen. WiFi4EU wird über die [Fazilität „Connecting Europe“](#) finanziert. Für den Zeitraum 2017–2019 sind Mittel in Höhe von insgesamt 120 Mio. EUR vorgesehen. Unter Beachtung einer geografisch ausgewogenen Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten werden die Gutscheine in der Reihenfolge der Antragstellung vergeben werden. Die Kommission geht davon aus, dass mindestens 6000 bis 8000 Städte und Gemeinden in den Genuss dieses Programms kommen werden.

Im Europäischen Parlament befindet sich der Vorschlag noch in der Ausschussberatung. Zum Kommissionsvorschlag siehe Europa-Informationen vom Oktober 2016.

Position des Rates: <http://www.eu2016.sk/en/press-releases/free-wifi4eu-internet-connection-council-agrees-its-position>

Wifi4EU-Initiative: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3008_de.htm

Rat fordert Stärkung der Cybersicherheit

Der Rat hat sich am 15. November 2016 für eine bessere Zusammenarbeit, ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten und die bessere Förderung der europäischen Cybersicherheitsbranche ausgesprochen. Die Kommission soll 2017 ein Konzept für EU-Reaktionen auf schwerwiegende Cybervorfälle vorlegen, das dann von den durch die [NIS-Richtlinie](#) (Sicherheit von Netzen und Informationssystemen) eingesetzten Gremien geprüft werden soll. Außerdem sollen eine Ausbildungsplattform zur Cybersicherheit eingerichtet und der Zugang zu Finanzmitteln für KMU und Start-up-Unternehmen erleichtert werden.

Schlussfolgerungen: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14540-2016-INIT/de/pdf>

Rat: Allgemeine Ausrichtung zur Geoblocking-Verordnung

Der Rat hat am 28. November 2016 seine Position zum Geoblocking festgelegt. Die Verordnung soll die Diskriminierung von Verbrauchern und Unternehmen verhindern, wenn sie Waren und Dienstleistungen online in einem anderen EU-Land erwerben. Der Zugang zu Websites und Anwendungen soll nicht beschränkt werden dürfen, und unterschiedliche allgemeine Geschäftsbedingungen je nach Mitgliedstaat sollen untersagt werden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit objektive Gründe (z.B. unterschiedliche Mehrwertsteuerregelungen) vorliegen. Im EP wird der Vorschlag im Binnenmarktausschuss behandelt.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/11/28-geoblocking/>

Text: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14663-2016-INIT/de/pdf>

EP: Online-Inhalte sollen auch im Ausland abrufbar sein

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes legte am 29. November 2016 seine Position zum Verordnungsvorschlag für die Gewährleistung der grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltsdiensten im Binnenmarkt vor (zum Kommissionsvorschlag siehe Briefing vom Januar 2016). Ein Nutzer soll Zugang zu allen seinen Onlinediensten innerhalb der gesamten EU haben. Um einen Service zu nutzen, muss nur der Wohnsitz in dem Land bestehen, indem der Service angeboten wird. Dann soll ein Service z.B. für Musik, Filme, Spiele oder Sportereignisse auch bei einer Reise im Ausland nutzbar sein. Derzeit sperren viele Anbieter solche Dienste im Ausland. Der Rat hat seine Position noch nicht festgelegt.

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161128IPR53511/watch-your-online-films-anywhere-in-the-eu-meps-back-cross-border-portability>

Weiterer Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Roaming-Gebühren bis 2017

Die Mitgliedsstaaten haben am 12. Dezember 2016 im zuständigen Ausschuss einer [Durchführungsverordnung](#) der Kommission zugestimmt, mit der weitere Voraussetzungen für die endgültige Abschaffung der Roaming-Gebühren zum 15. Juni 2017 festgelegt werden. Dabei

geht es vor allem um die Bindung des Mobiltelefonnutzers an ein Land als Voraussetzung für die „Portabilität“. Darauf hatten einige Mitgliedstaaten bestanden, weil sie Missbräuche beim Roaming zu Lasten ihrer Mobilfunkanbieter befürchteten. Jetzt steht noch die Regelung über den Roamingvorleistungsmarkt aus (d.h. die Entgelte, die sich die Betreiber gegenseitig für das Roaming in den Netzen der jeweils anderen Betreiber berechnen). Der Rat hat sich dazu am 2. Dezember 2016 auf eine Position verständigt; im EP ist das Dossier noch im Ausschuss anhängig.

Pressemeldungen: <http://europa.eu/rapid/press-releases> http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/02-wholesale-roaming/e_IP-16-4322_de.htm;
http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-16-4361_de.htm
<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/02-wholesale-roaming/>

12. Ausschuss der Regionen

120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 7. bis 8. Dezember 2016 fand in Brüssel die 120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen statt. Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, nahm als Gastredner teil. Im Plenum sind u.a. folgende Themen behandelt worden:

Das REFIT-Programm: die lokale und regionale Perspektive; Tourismus als treibende Kraft für die regionale Zusammenarbeit in der EU; EFSI 2.0; Kollaborative Wirtschaft und Online-Plattformen: gemeinsamer Standpunkt der Städte und Regionen; Änderung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern; Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen; Regulierung der Preisvolatilität bei Agrarerzeugnissen; Technische Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiressourcen und den Schutz von Meeresökosystemen; Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste; Ausführungen von Dimitris Avramopoulos, für Migration, Inneres und Bürgerschaft; Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems; Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen; Legale Einwanderung; Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017.

Tagesordnung: <https://toad.cor.europa.eu/AgendaConvocation.aspx?pmi=RmFYXXWY9u8x66nPVI%2bMdXMeQwOOFLWKU%2b61LQsaB7I%3d&ViewDoc=true>

13. Laufende Konsultationen (wenn nicht im Text erwähnt)

Öffentliche Gesundheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Lebensmittelsicherheit:

[Halbzeitbewertung der Verordnung \(EU\) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel](#)

16.12.2016 – 17.03.2017

Öffentliche Gesundheit:

[Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms \(2014-2020\)](#)

23.11.2016 – 23.02.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#)

21.10.2016 – 13.01.2017

Verkehr:

[Überarbeitung der Verordnung \(EG\) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt](#)

14.12.2016 – 22.03.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#)

07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“](#)

28.11.2016 – 27.02.2017

Handel:

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits](#)

08.12.2016 – 03.03.2017

[Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien](#)

21.11.2016 – 22.02.2017

Forschung und Technologie:

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen](#)

08.12.2016 – 10.03.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#)

20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#)

Besteuerung:

[Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern](#)

30.11.2016 – 08.03.2017

[Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#)

17.11.2016 – 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#)

10.11.2016 – 16.02.2017

Wettbewerb:

[Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren](#)

25.11.2016 – 25.02.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#)

07.10.2016 – 13.01.2017

Humanitäre Hilfe:

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung des Katastrophenschutzverfahrens der Union](#)

24.11.2016 – 23.02.2017

Zoll:

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#)

28.10.2016 – 23.01.2017

20.10.2016 – 15.01.2017

Beschäftigung und Soziales:

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#)

12.10.2016 – 11.01.2017

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#)

08.03.2016 – 31.12.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#)

30.09.2016 – 15.01.2017

Umwelt:

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union
(deutsch: http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/reused_water_de.pdf)

28.10.2016-17.01.2017

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT

28.10.2016 – 28.01.2017

14. Terminvorschau

21.12.2016	Treffen der Leiter der deutschen Länderbüros mit Kommissar Oettinger
01.01.2017	Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Malta
11./12.01.2017	Sitzung des Exekutivausschusses der Ostsee-Kommission der Konferenz der Peripheren Küstenregionen (KPKR), Schwerin
12./13.01.2017	Sitzung der Task Force der Ostsee-Kommission zur Vorbereitung des Jahresforums 2017 der EU-Ostseestrategie (13./14.06., Berlin)
23./24.01.2017	Sitzung des Standing Committee der Ostseeparlamentarier-Konferenz in Brüssel; Schwerpunktthema: Nachhaltiger Tourismus
08./09.02.2017	121. Plenartagung des Ausschusses der Regionen
08./09.02.2017	Besuch Minister Caffier in Brüssel